

KLAUS KINKEL (HG.)

Grenzenlose Leistung



Die deutsche Einheit und
der Einsatz der Telekom
beim Aufbau Ost



DVA

Klaus Kinkel (Hg.)

**Grenzenlose Lei(s)tung –
Die deutsche Einheit
und der Einsatz der Telekom
beim »Aufbau Ost«**

Deutsche Verlags-Anstalt

Inhalt

Vorwort	8
<i>Helmut Kohl</i>	
Einleitung	10
<i>Klaus Kinkel</i>	
I Politik und Telekommunikation	
Telekommunikation in der Wiedervereinigung – Historische Voraussetzungen und politische Rahmenbedingungen	15
<i>Ralph Jessen</i>	
Globalisierung und technologischer Fortschritt in der Telekommunikation – Von der Notwendigkeit, bewährte Dinge zu verändern	31
<i>Wolfgang Brnjak</i>	
Telekommunikation als Staatsaufgabe	44
<i>Lothar de Maizière</i>	
Der Fall der Kommunikationsmauer	50
<i>Manfred Stolpe</i>	
Zeitenwende – Reform und Aufbau	53
<i>Interview mit Christian Schwarz-Schilling</i>	
Überwinden, Zusammenfinden und Verbinden – Die Anfänge des »Aufbau Ost«	62
<i>Klaus Wolf</i>	
»Aufbau Ost« – Eine nationale Aufgabe für die Telekom	71
<i>Interview mit Wilhelm Pällmann (†)</i>	
»Gemeinsam Verbindungen schaffen«	76
<i>Rede von Helmut Ricke anlässlich der Fusion von Deutscher Bundespost und Deutscher Post</i>	
II Technik – Von Provisorien, Kreativität und Spitzentechnologie	
Technikhistorische Aspekte des »Aufbau Ost« der Deutschen Telekom – Voraussetzungen und Kontext	83
<i>Walter Kaiser</i>	
Kommunikationsnotstand in der DDR	107
<i>Werner Baudis, Wolf Kahle, Joachim Krumrei, Jürgen Lolischkies, Wolf Reiner Menzel, Gernod Stratenberg</i>	

116 Erste Hilfe – Sofortmaßnahmen der Telekom
Werner Baudis, Wolfgang Blaschke, Ronald Dingeldey, Siegfried Fenske, Karl-Heinz Haufe, Wolf Kahle, Jürgen Lolischkies, Wolf Reiner Menzel, Johann Nußbaum, Günter Rehs

123 Startschuss – »Telekom 2000«
Werner Baudis, Peter Eisenach, Wolf Kahle

III Organisation – Strukturelle Herausforderungen des Zusammenwachsens

141 Die Organisation der telekommunikativen Wiedervereinigung
Jan-Otmar Hesse

153 Zusammenarbeit auf Regierungsebene
Jürgen Hoffmann

156 »Aus zwei mach eins« – Die Unternehmen wachsen zusammen
Klaus Demmler, Siegfried Fenske, Reinhard Genderka, Jürgen Hoffmann, Lothar Kipf, Gerhard Lubosch, Günter Rehs, Klaus Wirsing

165 Immobilien der Deutschen Post der DDR
Hans Schaffarzik

171 Neue Dimensionen der Materialbeschaffung
T. Klaas von Ehren, Siegfried Fenske, Jens Gollwitzer, Sabine Schulze, Lutz Straube

173 Viel bewegt – Logistik für die Telekommunikation
Hans Edingloh, Addi Hübner

179 Zahlenwerke – Finanzen und Rechnungswesen
Horst Frickel, Thomas Penndorf, Christoph Stephan, Peter Welle-Broßwitz

185 Mit Hochgeschwindigkeit ins Informationszeitalter
Jochen Kütter

189 Turn-key – Schlüsselfertige Systeme für den »Aufbau Ost«
Johann Nußbaum

IV Zusammen arbeiten – Der Faktor Mensch

195 Zwei Kulturen treffen aufeinander
Marcel Boldorf

207 Arbeiten bei der Deutschen Post der DDR
Jürgen Hoffmann

210 Personalbereiche Ost und West wachsen zusammen
Klaus Demmler, Siegfried Fenske, Jürgen Hoffmann, Lothar Kipf, Heinz Kühn, Waltraud Litzenberger, Dirk Meier, Lothar Schröder

V »Ruf doch mal an!« – Marketing und Vertrieb	
Von der »Wartegesellschaft« zum Wettbewerb um den Kunden <i>Christian Kleinschmidt</i>	235
Anschlussmangel – Vom Telefonieren unter erschwerten Bedingungen <i>Klaus Hellebusch, Wolf Reiner Menzel, Armin Weise</i>	247
Im Dienst der Deutschen Post der DDR <i>Ursula Balzer, Kerstin Bossenz, Monika Wöllert</i>	251
Vom Fernsprechanmeldedienst zum Privatkundenvertrieb <i>Ursula Balzer, Gerda Bartels (†), Kerstin Bossenz, Siegfried Fenske, Angela Freitag, Klara Mikolitsch, Günter Rehs, Lutz Straube</i>	258
Der Kunde im Mittelpunkt <i>Thomas Dämmrich, Karl-Heinz Haufe, Fred Kagels, Wolf Reiner Menzel, Bärbel Panthen, Rainer Riechers, Sabine Schulze</i>	267
Kommunikation – Eine neue Herausforderung <i>Karl-Heinz Haufe, Wolf Reiner Menzel, Bärbel Panthen</i>	276
VI West-Berlin und Ost-Berlin – »So nah und doch so fern«	
Die Berliner Wirtschaft im Wandel <i>Rainer Karlsch</i>	283
»In Berlin war alles anders« – Die Infrastruktur-Ausgangslage in Berlin <i>Norbert Frenzel, Lothar Kipf, Klaus Werner</i>	297
Schnelle Hilfe – Erste Anschlüsse in Berlin <i>Norbert Frenzel, Günter Herrnleben, Adolf Jagob, Jürgen Lolischkies, Klaus Werner</i>	305
Langfristige Programme – Die telekommunikative Einheit Berlins <i>Norbert Frenzel, Andreas Hofert, Adolf Jagob, Olaf Mât, Wolf Reiner Menzel</i>	316
VII Fazit und Ausblick	
Von der grenzenlosen zur unbegrenzten Telekommunikation <i>Jan-Otmar Hesse</i>	323
Eine neue Zeitenwende – Auf dem Sprung in die Gigabit- Gesellschaft <i>Timotheus Höttges</i>	339
Anhang	
Die Aufsichtsrats- und Vorstandsvorsitzenden der Telekom von 1989 bis 2014	357
Autorenverzeichnis	359
Anmerkungen	365
Bildnachweis	383

II Technik – Von Provisorien, Kreativität und Spitzentechnologie



Wir investieren in
die Zukunft Thüringens

Ausbau des
Telefonnetzes und
Errichtung einer
Richtfunkstelle

 Tele·ko·m

Technikhistorische Aspekte des »Aufbau Ost« der Deutschen Telekom – Voraussetzungen und Kontext

Einführung

In den 1980er Jahren, als die DDR einen anhaltenden und gegen Ende des Jahrzehnts sich beschleunigenden wirtschaftlichen Niedergang erlebte, der auch der Technikentwicklung enge Grenzen setzte, war die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik in den fortgeschrittenen Industriestaaten von enormer Dynamik geprägt. Den Mängeln in der technischen Infrastruktur der DDR und der Schwäche der DDR im Bereich der anspruchsvollen Alltagstechnik stand dort ein regelrechter Boom gegenüber. Ein Boom, der sich nicht auf die Konsumelektronik, also Gebrauchsgüter, beschränkte, sondern sich auf die gleichermaßen weit entwickelte Hochtechnik bei Investitionsgütern der IuK-Technologien abstützte, etwa bei großen Vermittlungsrechnern und gut ausgebauten Netzen. Umgekehrt verfiel vor allem das öffentliche Telefonnetz der DDR. Es besaß eine schlechte Sprachqualität, die Teilnehmer beklagten Leitungsengpässe. Außerdem verursachte das Netz wegen des zunehmend musealen Zustands der Vermittlungstechnik hohe Erhaltungskosten.

Man darf darauf verweisen, dass dieser Zustand einer »eingefrorenen« historischen Technik nach der Wiedervereinigung zum Fundus gegenständlicher technikhistorischer Quellen wurde: Im Rahmen des »Aufbau Ost« bauten zum Beispiel Techniker des damaligen Fernmeldeamtes Aachen vor allem in Potsdam und Cottbus technische Einrichtungen ab, die im Westen längst verschwunden waren. Sie wurden nun aufgrund ihres neuen historischen Wertes zu einer ganz wesentlichen Bereicherung des Bestandes des Aachener Fernmeldemuseums.¹ In großem Umfang wurde natürlich vor Ort DDR-Fernmeldetechnik erhalten und dokumentiert, etwa im Fernmeldemuseum in Dresden. Präsentiert wird dort Telefontechnik, wie sie bis Ende 1997 in der ehemaligen DDR in Betrieb war.² Das im Aufbau befindliche Fernmeldemuseum Bottmersdorf beabsichtigt, eine 1923 installierte und immerhin bis 1996 genutzte Vermittlungsstelle des betagten Systems 22 wieder zu aktivieren.³

Als würde man ein Technikmuseum betreten

Die Amtsleitung des Fernmeldeamtes Braunschweig besuchte die Kollegen in Magdeburg. Nach der Begrüßung und einem kurzen Gespräch ging es dann auf Besichtigungstour. Wir begannen mit dem Technikgebäude. Mein erster Eindruck war, wir würden ein Technikmuseum betreten. Aber das alles hier war noch in Betrieb und vermittelte Telefongespräche. Vorgestellt wurde uns eine Vermittlungstechnik mit Hebdrehwählern der Firma Siemens aus den 1930er Jahren. Da Ersatzteile natürlich nicht mehr zu beschaffen waren, erklärte uns ein Kollege, wie diese Technik noch weiter am Leben gehalten wurde. In der amtseigenen Feinmechanik-Werkstatt wurden Kontakte, Kontaktarme etc. hergestellt, und in der eigenen Ankerwicklei wurden defekte Spulen der Relais oder der Wählantriebe gerichtet. Ein solcher Aufwand war für mich unvorstellbar. Aber wir hatten ja im Westen auch jederzeit Zugriff auf die benötigten Materialien, und deshalb gab es diese Werkstätten bei uns nicht.

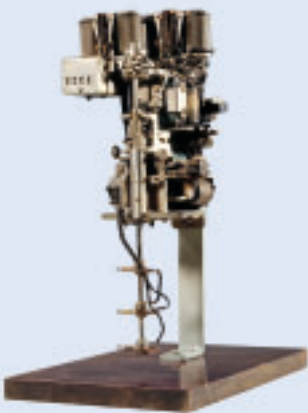
Reinhard Genderka

Linke Seite: Ehemaliger Stasi-Turm auf der Helenenhöhe in Thüringen, 1991.

Not macht erfinderisch

Almon B. Strowger (1839–1902) war – so heißt es – Inhaber eines Bestattungsunternehmens in Kansas City. Als einer seiner Freunde starb und dessen Familie ein Konkurrenzunternehmen beauftragte, soll er davon überzeugt gewesen sein, dass das Vermittlungspersonal Anfragen von Kunden bevorzugt an Konkurrenten leitete. Angeblich arbeitete die Ehefrau eines Konkurrenten in der Telefonvermittlung. In der Absicht, die Teilnehmer selbst entscheiden zu lassen, wen sie anrufen wollten, begann er 1888 mit der Entwicklung einer automatisch arbeitenden Telefonvermittlung und erhielt ein Patent auf seine Erfindung. Der auf Strowger basierende Hebdrehwähler wurde später modifiziert, das grundlegende Konzept blieb aber bis zur Einführung der digitalen Vermittlungstechnik gleich und war noch rund 100 Jahre im Einsatz. Strowger soll 1890 gesagt haben: »Mein Konkurrent wird mir nicht länger meine Kunden stehlen können, nur weil seine Frau eine Bell-Telefonistin ist.«

Wolfgang Brnjak



Strowger-Wähler, Bauart Hildesheim, aus den 1930er Jahren.

Analoge Telefontechnik

Die Vermittlungstechnik war tatsächlich neben den »Telefonapparaten« und den Leitungen von Beginn an eine der entscheidenden Komponenten der Telefonsysteme. Dabei nötigen bis heute der Umfang und die zunehmende Komplexität dieser Technik Respekt ab, zumal sich über die Jahrzehnte oft Generationen von technischen Lösungen in den Netzen überlagerten. Noch um 1910 mussten erwünschte Telefonverbindungen vielfach von Telefonistinnen im Dialog mit dem Teilnehmer aufgenommen werden und »von Hand«, also über Steckverbindungen, geschaltet werden. Nach einem kleinen vollautomatischen Amt in Hildesheim, das 1908 den Betrieb aufnahm, wurde allerdings schon 1909 das erste Großstadt-Selbstwählamt Europas in München-Schwabing mit zunächst 2.500 Anschlüssen eingerichtet. Mit Blick auf die wichtigsten Komponenten hatte sich diese Entwicklung längst abgezeichnet: So hatte der Amerikaner Almon B. Strowger bereits 1889 ein Patent für eine mechanisierte Vermittlung angemeldet.⁴ Dieser elektromechanische Wähler gestattete es, innerhalb eines lokalen Netzes die gewünschte Verbindung ohne Vermittlungspersonal aufzubauen. 1892 war in La Porte (Indiana), dem damaligen Wohnsitz von Strowger, die erste automatische Vermittlung für etwa 75 Teilnehmer in Betrieb gegangen. Außerdem mussten unter dem Gesichtspunkt der automatischen Vermittlung die Telefone, also die Endgeräte, mit einer Wählvorrichtung ausgerüstet werden. Als solche setzte sich der von Alexander E. Keith, John Erickson und Charles J. Erickson entwickelte Nummernschalter mit Wählscheibe durch.⁵

Nachdem schon im Strowger-Patent zur Vervielfachung der Anschlüsse die Funktion des Hebdrehwählers vorweggenommen war, entwickelte Siemens 1926 diesen Wähler als »Viereckwähler« weiter: Man ließ den vereinfachten Bewegungsablauf auf dem Kontaktblock (»heben«, »drehen«, »nach Erreichen des Kontaktes weiter drehen«, »fallen«, »zurückdrehen«) in einem Viereck verlaufen. Die Folge waren geringere Schaltwege und somit verkürzte Schaltzeiten. Seitdem wurde der stetig verbesserte Hebdrehwähler in der deutschen Telefontechnik für die automatische Verbindung von Fernsprechteilnehmern eingesetzt; ab 1927 bildete er als HDW 27 die Basis der Vermittlungstechnik bei der Deutschen Reichspost und später der Deutschen Bundespost.

Im Netz der ehemaligen Deutschen Post der DDR⁶ waren Hebdrehwähler teilweise bis in die 1990er Jahre im Einsatz, ein Austausch erfolgte hier erst durch die Erneuerung des Netzes durch die Telekom.⁷ Typisch ist ein Hebdrehwähler nach Strowger aus dem Jahr 1926, der bis 1991 im Bereich des Fernmeldeamtes Frankfurt/Oder »zuverlässig seinen Dienst versah«.⁸ Die 1923 von Siemens & Halske gebaute und auf Hebdrehwählern aufbauende Ortsvermittlungsstelle

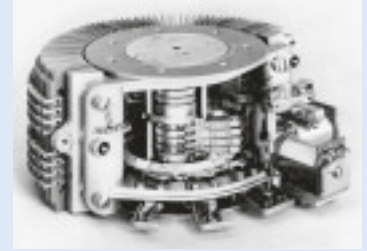
Schönebeck bei Magdeburg wurde bereits genannt; sie war sogar bis 1996 in Betrieb.⁹

Einen Höhepunkt der Entwicklung elektromechanischer Koppellemente in der analogen Fernsprechvermittlungstechnik stellte der Edelmetall-Motor-Drehwähler (EMD-Wähler) dar. Von Siemens & Halske nach den Spezifikationen der Deutschen Bundespost entwickelt, wurde er in den deutschen Vermittlungssystemen 55 und 55v eingesetzt. Im Vergleich zu Hebdrehwählern besaß der EMD-Wähler deutlich höhere Schrittgeschwindigkeiten – bei größerer »Lauf-ruhe«, geringerem Verschleiß und hoher Tonqualität. Seit 1953 wurde er in den nationalen und internationalen Fernsprechverkehr eingeführt. Als Produkt wurde der EMD-Wähler ebenfalls ein weltweiter Exporterfolg, z. B. in Italien, Luxemburg, Venezuela und Australien.

Mit dem Ziel einer einheitlichen Vermittlungstechnik beschloss die Deutsche Bundespost im Jahr 1955, sich auf den EMD-Wähler zu konzentrieren. Ein großer Vorzug des EMD-Wählers war seine geringe Wartungsanfälligkeit. Nach wie vor besaß er jedoch bewegliche mechanische Teile, die ihn anfällig machten und ihn letztlich auch in seiner Schaltgeschwindigkeit beschränkten. Erst elektronische Lösungen in der Vermittlungstechnik boten die Möglichkeit, auf die verschleißanfälligen mechanischen Bauteile zu verzichten. Vor allem konnten nur elektronische Systeme mithilfe von Rechnern sinnvoll gesteuert werden.

Eine Alternative in der analogen Vermittlungstechnik boten die in den 1930er Jahren entwickelten Koordinatenschalter. Sie arbeiteten zwar immer noch elektromechanisch, erbrachten aber durch die Reduktion von mechanischen Bewegungen und somit von störenden Geräuschen eine Verbesserung der Sprachqualität und eine deutliche Minderung des Wartungsbedarfs. Ein Koordinatenschalter ist – aufbauend auf dem Grundgedanken des Kreuzschienenverteilers bzw. der Crossbar-Technik – ein zweidimensionales Mehrfach-Relais, aufgebaut aus sich kreuzenden »Stangen« und »Brücken«. Durch gezielte Ansteuerung einzelner Stangen- und Brückenmagnete werden die gewünschten Verbindungen durchgeschaltet. Anlagen mit Koordinatenschaltern gehören zu den »indirekt« gesteuerten Vermittlungssystemen. Die von der Wählscheibe des Telefonapparates stammenden Wählpulse stellen »nicht direkt« wie beim Drehwähler die erforderliche Position ein, sondern sie werden erst von Spezial-Relais (»Zählmagneten«) gezählt und zwischengespeichert, um anschließend mit dem Koordinatenschalter den Verbindungsweg durchzuschalten. Häufig eingesetzt wurde der Koordinatenschalter in Nebstellenanlagen. In den öffentlichen Vermittlungsstellen der Deutschen Bundespost wurde er dagegen nur in wenigen Endämtern verwendet.

In Österreich wurde der Koordinatenschalter durchaus auch in den öffentlichen Voll- oder Teilvermittlungsstellen eingesetzt. Vor allem



Edelmetall-Motor-Drehwähler
(EMD-Wähler).



Koordinatenschaltergestell.

wurden Koordinatenschalter jedoch in der Vermittlungstechnik der Deutschen Post der DDR verwendet.¹⁰ Die Deutsche Post vollzog damit zum Teil eine Abkehr vom Hebdrehwähler und vom Motorwähler, jedenfalls repräsentierten die Vermittlungssysteme auf der Basis von Koordinatenschaltern Mitte der 1960er Jahre einen relativ modernen Teil der Telefontechnik der DDR – mit verbesserter Sprachqualität und vermindertem Wartungsaufwand. Nach dem für geringe Teilnehmerzahlen ausgelegten Vorläufersystem TA 57, das für die Durchschaltung des Sprechwegs eine Relaismatrix verwandte, wurde das Teilamtsystem TA 63 (von 1963) mit den neuen Koordinatenschaltern aufgebaut. Ebenfalls auf einer Sprechwege-Durchschaltung mit Koordinatenschalter beruhte das für Fernsprechsysteeme mittlerer Größe (bis 600 Teilnehmer) ausgelegte System 64. Das erneut mit Koordinatenschaltern aufgebaute System 65 war dann beliebig erweiterbar und konnte folglich in Teil- und Vollvermittlungsstellen im Orts- und Fernverkehr eingesetzt werden. Noch um 1980 wurden in Fernvermittlungsstellen, etwa in Dresden und Chemnitz, Varianten des in Ungarn in Lizenz von Ericsson hergestellten und nun schon etwas in die Jahre gekommenen Koordinatenschaltersystems ARM 20 installiert.¹¹

Elektronische Vermittlungssysteme

Die grundlegende Entwicklung digitaler Nachrichtennetze reicht in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurück. In den USA, Großbritannien und in Frankreich gingen u. a. Alec Reeves und Maurice Deloraine die ersten Schritte in Richtung digitaler Übertragung und Vermittlung. Mit Blick auf Übertragung im störungsanfälligen Weitverkehr steuerte Alec Reeves die erste Säule bei, nämlich die Pulsmodulation (PCM). Bei der Pulsmodulation werden die in gleichen Zeitabständen gemessenen Amplitudenwerte eines Signals quantisiert und codiert; sie dient damit zur vollständigen Umwandlung analoger in digitale Signale. Die zweite Säule stammte von Maurice Deloraine; er erhielt Patente für ein elektronisches Vermittlungssystem unter Nutzung des Time Division Multiplexing (TDM). Im »historischen« Zeitmultiplex-Verfahren werden in vorgegebenen Zeitabschnitten die Signale verschiedener Sender auf einem Kanal übertragen. Die Ansätze von Deloraine basierten allerdings noch auf einer Übertragung mithilfe der Pulsamplitudenmodulation (PAM), bei der in gleichen Zeitabständen die Amplitudenwerte eines Signals gemessen werden. Unverkennbar ist dies aber die Vorstufe zur Pulsmodulation digitaler Übertragungssysteme. Mithin lagen schon früh wesentliche Elemente der digitalen Kommunikationstechnik vor, angewandt allerdings zuerst im militärischen Kontext.

Werner Baudis
Wolf Kahle
Joachim Krumrei
Jürgen Lolischkies
Wolf Reiner Menzel
Gernod Stratenberg

Kommunikationsnotstand in der DDR

Im internationalen Maßstab nahm die DDR auf dem Gebiet der Telekommunikationstechnik einen hinteren Rang ein. Das waren die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen, um den nach der Wende sprunghaft gestiegenen Anforderungen sowie den Erwartungen der Kunden an die Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten und -leistungen schnell zu entsprechen. Die 1990 in Betrieb befindlichen technischen Anlagen der Deutschen Post waren quantitativ unzureichend und darüber hinaus zum größten Teil veraltet. Insbesondere die Vermittlungseinrichtungen wiesen gegenüber dem aktuellen Stand der Technik einen Rückstand von mehreren Generationen auf. 23 Prozent der Vermittlungsanlagen (technische Einrichtungen in den Vermittlungsstellen, um Verbindungen zwischen Teilnehmern herzustellen) waren Hebdrehwähler-Systeme aus den Jahren 1922 bis 1934; vereinzelt waren sogar noch Strowger-Wähler, die ersten automatischen Wähler aus der Zeit der Jahrhundertwende, im Einsatz.

Weitere 43 Prozent des gleichen Systems waren mehr als 40 Jahre alt. Nur 28 Prozent waren weniger veraltete Koordinatenschaltersysteme, die Mitte der 1960er Jahre entwickelt worden waren. Sie wurden 1990 noch in verschiedenen ost- und südosteuropäischen Ländern sowie in Staaten der Dritten Welt regelmäßig verwendet. Digitale Vermittlungstechnik befand sich lediglich in der Entwicklung; erste Prototypen waren im Einsatz. Ihr Anteil betrug jedoch erst knapp ein Prozent an den gesamten vermittlungstechnischen Systemen. Die größte Herausforderung der Deutschen Post der DDR bestand darin, mit diesen musealen Einrichtungen den täglichen Betrieb aufrechtzuerhalten. Ersatzteile waren nicht mehr verfügbar und mussten unproduktiv – und damit auch viel zu teuer – zum Teil in eigenen Werkstätten bzw. in kleinen Betrieben hergestellt werden. Der Instandhaltungsaufwand dieser veralteten Systeme betrug mehr als das 40fache gegenüber modernen Vermittlungsanlagen. Darüber hinaus stellten Fehlverbindungen, elektrische Störgeräusche, häufige Wahlwiederholungen und Wartezeiten bereits vor der Wende für die damaligen Teilnehmer eine echte Behinderung dar. Selbst die für die technischen Einrichtungen genutzten Räume waren von der Bausubstanz her völlig ausgelastet. Erweiterungen in den bestehenden Gebäuden waren ohne technische Veränderungen vom Grundsatz her nicht mehr möglich.

Mehr zum
Kommunikationsnotstand:



Linke Seite: Alte Vermittlungsstelle der Deutschen Post der DDR.

Mehr zur Gebäudesituation:



Auch die Kabel waren sowohl im Fernnetz als auch in den Ortsnetzen überaltert. Im Einsatz waren nahezu ausschließlich Kupferkabel, einschließlich Koaxialkabel. 61 Prozent aller Kabel galten als verschlissen; bei den Kabeln im Fernnetzbereich waren es sogar 79 Prozent. Hinsichtlich der Instandhaltung herrschte also der gleiche Überalterungszustand wie bei der Vermittlungstechnik. Mitte der 1980er Jahre war in den Ortsnetzen mit der Verlegung von Glasfaserkabeln aus der Industrieproduktion der DDR begonnen worden, die allerdings nur eine Übertragung über kurze Entfernung erlaubten. Bis 1989 hatte man ca. 5.000 Adern-Kilometer dieses Kabels in Betrieb genommen. Die Übertragungstechnik (Bündelung und Übertragung elektrischer Signale auf einer Leitung) war also zu 90 Prozent analog. Zur Mehrfachausnutzung der Nachrichtenkanäle und der Richtfunkverbindungen standen Trägerfrequenzsysteme zur Verfügung, die abgestuft die parallele Übertragung von 60 bis 1.800 Kanälen ermöglichten. Mit dem Einsatz digitaler Pulscodemodulations-Systeme war begonnen worden. Hier endete die Baureihe jedoch schon beim PCM-480-System, d. h. bei der Übertragung von 480 Kanälen.

Die Situation im Spätherbst 1989 – insbesondere im Fernmeldeverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten – verschärfte sich zusehends von Tag zu Tag. Telefongespräche und Faxverbindungen kamen nur nach unerträglichen Wartezeiten, viele erst nach Mitternacht oder in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages zustande. Für zehntausende gleichzeitige Kommunikationsbedürfnisse standen lediglich 1.461 Leitungen zur Verfügung, und zwar:

von der DDR in die Bundesrepublik	111
von der Bundesrepublik in die DDR	690
von der DDR nach West-Berlin	95
von West-Berlin in die DDR	565

Damit konnte der Bedarf nach innerdeutschen Telekommunikationsleistungen nicht im Entferntesten abgedeckt werden.

Im überregionalen Fernmeldenetz Ostdeutschlands standen ausschließlich analoge Verbindungen zur Verfügung. Übertragungstechnisch wurden Trägerfrequenzsysteme für symmetrische und koaxiale Kabel sowie Richtfunkverbindungen genutzt, die kapazitätsseitig zu über 90 Prozent ausgeschöpft waren. Mehr als 1.600 km Freileitungsfernlinien waren noch in Betrieb.

Das Telefonnetz war hierarchisch in drei Stufen mit einer internationalen Vermittlungsstelle in Ost-Berlin, zwei Kopfmärtern in Magdeburg und Leipzig sowie 15 Hauptvermittlungsstellen am Ort der ehemaligen Bezirksstädte und 164 Knotenvermittlungsstellen am Ort der Kreis- und Bezirksstädte gegliedert.

Die im Fernnetz eingesetzte analoge Vermittlungstechnik und die starre Netzausrichtung auf 15 Hauptvermittlungsstellen hatten zur



In der DDR waren noch mehr als
1.600 km Freileitungslinien in Betrieb.

Folge, dass der Fernverkehr für einzelne Orte nicht über die allgemeingültige Ortsnetz-kennzahl erfolgen konnte, sondern über eigene Ortsnetz-kennzahlen erfolgen musste. Darüber hinaus bestand für 132 Ortsnetze aufgrund mangelnder technischer Voraussetzungen eine teilweise eingeschränkte Erreichbarkeit im automatischen nationalen und internationalen Verkehr, d. h. Teilnehmer aus diesen Ortsnetzen konnten bestimmte Ziele nur über das Fernamt erreichen.

Der Telefonverkehr zwischen beiden deutschen Staaten musste – aus von der DDR zu vertretenden politischen Gründen und ökonomischen Zwängen – wie internationaler Verkehr behandelt werden. Dementsprechend erfolgte auch die Verkehrsabwicklung zwischen den Auslandsvermittlungsstellen der Deutschen Bundespost und der Internationalen Vermittlungsstelle im Ostteil Berlins bzw. den internationalen Kopfstämmen der Deutschen Post in Magdeburg und Leipzig. Da die Regierung der DDR dem Drängen des Bundespostministeriums nach mehr Verbindungsleitungen immer nur ungerne und wenn, dann aus Gründen der dringend benötigten harten Devisen überwiegend in der Richtung West - Ost nachgekommen war, litt der Telefonverkehr innerhalb der DDR unter dem über Jahrzehnte gedrosselten Verkehrsfluss.

Im Telefonnetz Ostdeutschlands bestanden zum Jahresende 1989 in 1.484 Ortsnetzen mit 2.673 Ortsvermittlungsstellen gerade einmal 2.078.176 Anschlussmöglichkeiten (an Voll- oder Teilvermittlungsstellen). In den Kabeln der Ortsnetze gab es kaum Reserven an freien Anschlussleitungen. Die Kabelanlagen, -schächte und -kanalanlagen in den städtischen Netzen waren zu einem erheblichen Teil marode, der Rest – vorsichtig ausgedrückt – sanierungsbedürftig.

Maroder Kabelkeller des ehemaligen Dresdner Fernmeldeamtes, 1991.



Maroder Kanal in Suhl

In Suhl gab es einen großen unterirdischen, begehbaren Kanal für Wasser, Fernwärme, Gas, Strom und Fernmeldeanlagen. Die Fernwärmeleitungen waren undicht, schlecht isoliert, es trat heißes Wasser aus, und zum Teil mussten die Gehwege und Straßen gesperrt werden, weil die Anlage einzubrechen drohte. Ein Arbeiten war fast unmöglich wegen der großen Hitze und wegen der undichten Leitungen zudem sehr gefährlich.

Johann Nußbaum

Der Mangel an verfügbaren Leitungen erforderte grundsätzlich eine durchgängige Erweiterung. Gleichfalls gab es keine öffentlichen Mobilfunkdienste. Dafür aber einen nicht öffentlichen beweglichen Landfunk, der bei der Bau-, Land- und Wasserwirtschaft sowie bei Dienstleistern, wie z. B. dem Deutschen Roten Kreuz, Taxi-Unternehmen, Energieversorgern und Transportunternehmen zur Einsatzkoordinierung ihrer Fahrzeugflotten sehr begehrt war. Auch hier war infolge des chronischen Mangels an Frequenzen und wegen der ungenügenden Bereitstellung der Endgeräte keine bedarfsdeckende Versorgung möglich. Zu Beginn des Jahres 1990 waren 23.000 Geräte in Betrieb; für etwa 20.000 Geräte wurde auf die Genehmigung der Anträge gewartet, weil die benötigten Frequenzen überwiegend militärisch genutzt wurden und Funk-/Sendegeräte von der nachrichtentechnischen Industrie vorrangig für Belange der äußeren und inneren Sicherheit sowie für den Export bereitgestellt werden mussten.

Kaum günstiger war die Situation bei den sogenannten Non-Voice-Diensten oder Datendiensten. Zwar konnte mit ca. 18.000 Anschlüssen im Telexdienst die Nachfrage der Wirtschaft und anderer Bedarfsträger abgedeckt werden, darüber hinausgehende Dienste standen jedoch nur in stark eingeschränktem Maße oder gar nicht zur Verfügung. Es gab nur ca. 3.500 Datenanschlüsse, die über Standleitungen bzw. das handvermittelte Datennetz betrieben wurden. Praktisch ohne Bedeutung für die geschäftliche Kommunikation war der Telefaxdienst mit ca. 3.000 Telefaxanschlüssen, die ihren Besitzern aber meist wenig Freude bereiteten, da die Übertragungen – vor allem in den verkehrsreichen Zeiten – durch in den Vermittlungsstellen auftretende elektrische Störgeräusche oft lückenhaft und verzerrt waren. Moderne Datenmehrwertdienste, wie Datex-P, das erstmals einen Zugang in ein globales Datennetz erlaubte, existierten nicht.

Anschlussdichten im Vergleich

Und dann war es so weit: Eine Abordnung der Geschäftsleitung des Fernmeldeamtes Magdeburg und des Fernmeldebauamtes Magdeburg traf im April 1990 bei uns im Fernmeldeamt Braunschweig ein. Im Rahmen unseres Besichtigungsprogramms besuchten wir mit den Magdeburger Kollegen neben einem Telefonladen und einem Kabelschacht auch ein Betriebsgebäude. Hier stellten wir ihnen Vermittlungstechnik mit analoger Edelmetall-Motor-Dreh-

wählertechnik und vollelektronische digitale Vermittlungstechnik (EWSD-Technik) sowie Übertragungs- und Funktechniken vor. Die Kollegen waren begeistert: Auf die Frage, wie hoch denn die Anschlussdichte in Braunschweig sei, antwortete ich, dass auf 100 Einwohner etwa 48 Telefonanschlüsse kämen. »Wahnsinn«, erwiderte der Magdeburger Kollege. »Echte Anschlüsse, also zwei Drähte vom Teilnehmer bis zur Technik?« »Ja, wir haben sicherlich noch einige Anschlüsse, wo sich

zwei Kunden einen Anschluss teilen müssen, aber das ist im Vergleich zum Ganzen eher die Ausnahme«, entgegnete ich. »Wahnsinn, Wahnsinn«, wiederholte der Kollege und konnte sich kaum einkriegen. »Wir haben vielleicht zehn Anschlüsse auf 100 Menschen, und davon müssen sich in vielen Fällen zwei oder vier oder sogar zehn Teilnehmer einen Anschluss teilen!« Er schüttelte den Kopf und sagte noch einmal: »Wahnsinn!!!«

Reinhard Genderka

Der Bestand an Telefon-Hauptanschlüssen betrug Ende 1989 laut Statistik der Deutschen Post 1.826.190. Das entsprach einer Telefonanschlussdichte von 11,23 Telefonanschlüssen je 100 Einwohner. Analysiert man die Versorgung etwas genauer, stellt man beträchtliche regionale Unterschiede fest. Die bevorzugte Stellung Ost-Berlins zeigte sich hier mit einer Dichte von 28 Telefonanschlüssen je 100 Einwohner, gefolgt vom damaligen Bezirk Leipzig mit 17 Anschlüssen, während der Bezirk Dresden nur 10,9 Telefonanschlüsse je 100 Einwohner aufwies. Das bedauernswerte Schlusslicht war jedoch der Bezirk Rostock mit einer Teilnehmerdichte von 7,8 Anschlüssen. Nur ca. 1,2 Mio. Wohnungen, also noch nicht einmal jede fünfte, verfügten über einen Telefonanschluss. Dabei handelte es sich nahezu ausschließlich um Gemeinschaftsanschlüsse (ca. 98 Prozent), größtenteils um sogenannte Zweieranschlüsse. Aber auch Viereranschlüsse

Telefonhäuschen der Deutschen Post der DDR.



waren vorhanden, und eine besondere Spezialität boten sogenannte Zeitgemeinschaftsanschlüsse, bei denen nachts nicht genutzte Telefonanschlüsse von Betrieben und Geschäften zwischen Ladenschluss und morgendlicher Öffnung als Wohnungsanschlüsse zu Privatkunden geschaltet wurden.

Die Anzahl der nicht realisierten privaten Anträge auf Einrichtung eines Telefonanschlusses stieg ständig und betrug Ende 1989 1,3 Mio., wobei zu berücksichtigen war, dass dies nur die Spitze des Eisberges darstellte, da viele Bürger in Anbetracht der langen Wartezeiten bzw. der erwarteten Aussichtslosigkeit der Realisierung des Wunsches nach einem Telefon erst gar keinen Antrag gestellt hatten. Relativ günstig, gemessen an der Gesamtsituation im Telefondienst, war die Versorgung der Wirtschaft und des staatlichen Bereichs mit Telefonanschlüssen, auf die ca. 40 Prozent der vorhandenen Telefonanschlüsse entfielen. Im internationalen Vergleich der Telekommunikationsversorgung nahm die DDR damit nur einen hinteren Platz ein und lag auch gegenüber einer Reihe osteuropäischer Länder, wie z. B. der damaligen Sowjetunion, zurück.

Gleichfalls nicht den Anforderungen entsprach das Angebot an öffentlichen Fernsprechern. Bei einem Gesamtbestand von 21.900 Münzfernsprechern stand im Durchschnitt ein Münzfernsprecher für 750 Einwohner zur Verfügung. Hier bestand das Handicap darin, dass es sich bei einem großen Teil um sogenannte Ortsmünzer handelte, die für den Selbstwählfernverkehr nicht geeignet waren. Öffentliche

Vergleichsgrößen	DDR	BRD
Fläche (1.000 km ²)	108.000	249.000
Einwohner	16.500.000	62.000.000
Haushalte	6.500.000	27.000.000
Telefonanschlüsse	1.800.000	29.400.000
davon Telefon-Zweieranschlüsse	1.097.000	89.000
Öffentliche Münztelefone	21.900	126.000
Telefondichte (Anschlüsse pro 100 Einwohner)	11,2	47,6
Mobilfunktelefone	0	163.600
Datenanschlüsse (Festverbindungen und wählbar im Westen und Festverbindungen und handvermittelt im Osten)	3.500	270.500

Tabelle 1: Statistische Vergleichsgrößen zum Entwicklungsstand der Telekommunikationsausstattung in der DDR und der BRD, Ende 1989.

Kartentelefone existierten nicht. Dagegen entsprachen Hörfunk und Fernsehen infolge der besonderen politischen Bedeutung hinsichtlich der Flächenversorgung weitgehend dem internationalen Niveau, jedoch nicht im Hinblick auf den zeitgemäßen technischen Stand der Anlagen. Nun sagen statistische Angaben über den Entwicklungsstand eines Landes zwar viel aus, aber die Größe des Rückstandes wird erst im absoluten Vergleich der Zahlen der DDR mit denen der BRD deutlich (siehe Tabelle auf S. 112).

Bleibt abschließend die Frage nach den Ursachen dieses hohen Rückstands. Die Aussage, dass die jahrzehntelange Vernachlässigung der Deutschen Post durch Politik und zentrale staatliche Planungsorgane der DDR vor allem in Bezug auf die Bereitstellung von Investitionen und materiell-technischer Ressourcen zu diesem bedrückenden Zustand geführt hat, trifft den Kern der Dinge, erfordert aber ein detaillierteres Eindringen in wirtschaftliche und technologische Zusammenhänge dieser Materie. Der Einsatz von Investitionsmitteln erfolgte nicht in Abhängigkeit von den finanziellen Ergebnissen der Deutschen Post, sondern wurde für einen Jahres- bzw. Fünfjahreszeitraum zentral durch die Staatliche Plankommission aufgrund von Beschlüssen des Zentralkomitees der SED nach bestimmten Prioritäten vorgegeben. Im Zeitraum 1971 bis 1990 stellte die Regierung der DDR dem Post- und Fernmeldewesen insgesamt 13,3 Mrd. Mark und somit im Schnitt 650 Mio. Mark jährlich bereit.

Der Investitionsanteil der Deutschen Post bewegte sich in diesem Zeitraum zwischen 0,7 bis 1,3 Prozent der Gesamtinvestitionen der Volkswirtschaft der DDR. Es handelte sich hierbei um die Investitionsmittel für den gesamten Wirtschaftszweig, d. h. für den Postdienst einschließlich Postscheckämtern sowie für die gesamte kabelgebundene und drahtlose Telekommunikation. Hierbei war jedoch noch eine weitere DDR-Besonderheit zu beachten: Im Februar 1956 war die Deutsche Post durch Regierungsbeschluss verpflichtet worden, die Verantwortung über den gesamten technischen Prozess der staatlichen Massenmedien Ton- und Fernsehrundfunk zu übernehmen, da man eine eindeutige technische Verantwortung vom Mikrofon bzw. von der Fernsehkamera über die Verbindungswege bis zur Ausstrahlung über

Telefonapparate der Deutschen Post der DDR.



III

Organisation – Strukturelle Herausforderungen des Zusammenwachsens



Die Organisation der telekommunikativen Wiedervereinigung

Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen verlief die Wiedervereinigung der deutschen Telekommunikationsnetze vergleichsweise reibungslos. In kürzester Zeit wurde das marode ostdeutsche Telefonnetz ausgebaut und in das westdeutsche Netz integriert. Schon nach wenigen Jahren verfügte Ostdeutschland über eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur und damit über eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Diese »Erfolgsstory«¹ wurde in der Vergangenheit häufig darauf zurückgeführt, dass es letztlich zwei Staatsunternehmen waren, die nach 1989 organisatorisch zusammengeführt wurden: die höchstens in Ansätzen deregulierte Deutsche Bundespost Telekom (wie der westdeutsche Fernmeldebereich nach der ersten Poststrukturreform hieß) und die Deutsche Post der DDR. Weil die Arbeitsabläufe in den Staatsunternehmen sich strukturell glichen – so die mit dieser These verbundene Annahme –, habe es bei der Zusammenarbeit der beiden Organisationen weniger Reibungsverluste gegeben als in anderen Wirtschaftssektoren, wo die planwirtschaftliche Organisationsweise der Kombinate im Osten mit voller Wucht auf die konkurrenzwirtschaftlichen Ansprüche der expandierenden westdeutschen Industrie trafen.

Tatsächlich trifft eine solche Vorstellung auf die Entwicklung der Jahre nach der Wiedervereinigung höchstens teilweise zu.² Denn zum einen zeigen sich die beiden Unternehmen unter der Oberfläche der Staatsunternehmen bei näherer Betrachtung als zutiefst verschieden, zum anderen wurden die Strukturen von Staatsunternehmen im Westen gerade deshalb reformiert, weil sie bei einer sehr dynamischen Entwicklung der Technologie zu inflexibel schienen. Schließlich ließe sich aus der Tatsache, dass in den Jahren nach 1989 eben nicht nur die DDR-Telekommunikation in die westdeutsche integriert, sondern zugleich die Organisationsstrukturen der westdeutschen Telekommunikation tief greifend verändert wurden, auch ein Unsicherheitspotenzial ableiten, das eine reibungslose Integration gerade hätte verzögern können. Beachtet man also nur die Rahmenbedingungen, so erweisen sich diese als jedenfalls nicht zwangsläufig günstig für eine rasche Integration der telekommunikativen Infrastruktur nach der Wende.

Die Organisationsstruktur der beiden deutschen Postunternehmen:



Linke Seite: Das schiere Volumen des Aufbauprogramms erforderte ungeheuren planerischen Einsatz.

Wir haben sie gemeinsam gelöst!

Hier muss man besonders auf eine sehr gute, konstruktive, pragmatische und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten hinweisen. Es gab in der täglichen Arbeit überhaupt keine Vorbehalte zwischen Mitarbeitern aus Ost und West!

Ich habe es immer als sehr angenehm empfunden, dass die »Wessis« nie überheblich oder besserwisserisch gegenüber uns »Ossis«, sondern mit viel Verständnis für die Situation und Orientierung auf die Sacharbeit auftraten. Ich hoffe, dass wir dem im Gegenzug mit Ehrlichkeit, Offenheit und Engagement begegnen konnten. In vielen Treffen und Beratungen wurde ohne Vorbehalte und zielorientiert diskutiert, die gegenseitigen Meinungen wurden anerkannt und respektiert.

Diese Arbeitsweise hat mich für meine Zukunft geprägt und bestimmt noch heute – so denke ich zumindest, einschätzen müssen es meine Kollegen – meine Arbeit. Nicht zuletzt fand sich das z. B. in einer Freundschaft zwischen Rudi Sanker und mir wieder. Noch heute telefonieren wir miteinander, treffen uns zum Motorradfahren und kennen unsere Sorgen und Freuden.

Wir hatten eine Aufgabe, und wir haben sie gemeinsam gelöst!

Lutz Straube

Schließt man also sämtliche Vermutungen einer organisatorischen Symmetrie zwischen ost- und westdeutscher Organisation als Erklärungsansatz für den reibungslosen Übergang aus, so scheint sich der Erfolg der telekommunikativen Wiedervereinigung – wie auch die folgenden Zeitzugeberichte illustrieren – realhistorisch aus drei maßgeblichen Quellen gespeist zu haben: 1. Aus dem herausragenden Engagement einer Gruppe ost- und westdeutscher Spitzenfunktionäre, die gleichsam wie die Glücksritter bei der Besiedelung des amerikanischen Westens in den fünf neuen Bundesländern einen hervorragenden Freiraum fanden, ihren Gestaltungswillen in die Tat umzusetzen, wie es ihnen weder im Westen und noch in der DDR vorher möglich gewesen ist. 2. Dem historischen Zufall, dass Wiedervereinigung, Deregulierungspolitik und technologische Transformation zu digitalen Netzen im Grunde zeitgleich stattfanden, sodass sich der »Aufbau Ost« gleichzeitig mit einem »Umbau West« vollzog. 3. Einer offensichtlich kaum ausgeprägten Kultur des Widerstandes gegen die überwiegend vom Westen aus gesteuerte tiefe organisatorische Strukturveränderung der ostdeutschen Telekommunikation. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen waren – das machen die Berichte der Akteure deutlich – die Vorbehalte der ostdeutschen Kollegen offenbar wesentlich weniger ausgeprägt, und anfängliche Zurückhaltung wich schnell einer kooperativen Unterstützung.

Zu diesen drei günstigen Rahmenbedingungen ließe sich die großzügige Finanzausstattung als ein vierter Aspekt noch hinzuzufügen, wodurch ein Investitionsvolumen von mehr als 60 Mrd. D-Mark verfügbar gemacht wurde, das zweifellos ohne die Wiedervereinigung nicht bereitgestanden hätte; ein Aspekt, der allerdings nicht in den Themenbereich der Organisation fällt.

Die Ausgangslage

Die Kommunikationsinfrastruktur der DDR war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung antiquiert. Weder in Bezug auf den technischen Standard noch in Bezug auf die Versorgung der Bevölkerung war Ostdeutschland mit den westlichen Industrienationen noch vergleichbar. Während in einigen Bereichen der Konsumindustrie, beispielsweise bei der Versorgung der Haushalte mit elektrischen Kühlschränken und Fernsehgeräten, westliche Versorgungsgrade erreicht wurden,³ hinkte das Land in der Verbreitung des Telefons hoffnungslos hinterher: Statistisch hatte nicht einmal jeder zehnte Bewohner der DDR ein Telefon. Dahinter verbarg sich nur zum Teil ein aus politischen Gründen verzögerter Ausbau des Netzes der Privathaushalte. Auch technische und organisatorische Schwierigkeiten behinderten die Entwicklung. Vielerorts waren in der DDR noch mechanische Ver-

mittlungsstellen im Einsatz, die den Kapazitätsausbau begrenzen. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung führte an einer Komplettisierung des Telefonnetzes kein Weg mehr vorbei.

Zudem barg die Organisationsstruktur der ostdeutschen Post Schwierigkeiten. Das Telefonnetz war in 15 Fernmeldebezirke untergliedert, die weitgehend autonome Telefonnetze etabliert hatten und mit erheblichem Aufwand untereinander vernetzt werden mussten. Sämtliche organisatorischen Angelegenheiten und auch die gesamte Rechnungsführung oblagen dagegen zentralen Stellen, die dem Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen unterstanden. Sucht man nach Strukturähnlichkeiten zwischen der westdeutschen und der ostdeutschen Postorganisation, dann findet sich eine solche am ehesten in der auf beiden Seiten der Grenze ungemein stabilen Kontinuität der Reichspost, denn die ostdeutsche Organisationsstruktur zeigt durchaus langfristige Anleihen an der Reichspost, von der beispielsweise sogar die »Allgemeinen Dienstanweisungen« für die Rechnungslegung und Buchhaltung übernommen worden waren. Auch die Gliederung des Betriebes in drei Ebenen ging auf die institutionellen Vorläufer am Ende des 19. Jahrhunderts zurück.⁴

Zu den Ausgangsbedingungen gehörte schließlich der gewaltige Nachfragestau, der durch den zögerlichen Netzausbau der ostdeutschen Post entstanden war. In allen Fernmeldeämtern türmten sich die Anträge auf Einrichtung eines Telefonanschlusses. In Hildburghausen stießen die staunenden Mitarbeiter der westdeutschen Telekom auf einen Antrag, der bereits 27 Jahre zuvor eingegangen war. Insgesamt lagen mehr als eine Mio. Einrichtungsanträge vor. Durch die Wiedervereinigung stieg diese Zahl jetzt aber noch rapide an, weil der Kommunikationsbedarf zwischen den nun auf Ost und West verteilten Familien zunahm und auch die wirtschaftliche Aufbauleistung gerade verstärkte Kommunikation erforderte. Die regulären telefonischen Ost-West-Verbindungen waren aber äußerst begrenzt, sodass es Stunden dauern konnte, bis solche Verbindungen hergestellt waren – einige Pioniere sprechen sogar von Tagen. Ein schon vor der Wiedervereinigung vollkommen überlastetes Telefonfernetz stieß also nach 1989 auf ein stark steigendes Kommunikationsbedürfnis, sowohl von Privathaushalten als auch von Geschäftsleuten und Politikern.

Die Selbstaflösung des Ministeriums für das Post- und Fernmeldewesen

Die Bereitschaft der ostdeutschen Funktionselite im Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen, unter diesen Rahmenbedingungen ihre institutionelle, technologische und selbst personalpolitische

Aufbauhilfe mit Hindernissen

In der Anfangszeit gab es vor allem in den mittelbaren Bereichen große Hindernisse. So war es oft sehr schwer, für die Nacht ein Bett zu finden; nicht selten waren die Warteschlangen vor den wenigen Hotels 30 bis 40 m lang. Dieses Problem konnte dann allerdings im Leipziger Umfeld mit Insider-Hilfe durch Anmietung eines Appartements in einem Hotel in Leipzig etwas entspannt werden. Eine Garantie für ein Bett war das anfangs aber leider auch nicht immer, weil dort z. B. irgendwann ganz plötzlich die Toilette auf dem Flur stand oder der Bodenbelag im Zimmer herausgerissen war, und zwar ohne vorherige Information.

Hans Edingloh und Addi Hübner

Eigenständigkeit durchzusetzen, war von Anfang an relativ gering. Schon lange vor dem formellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Oktober 1990 hatte das Ministerium die aus dem Westen in die fünf neuen Länder drängende Hilfe nur allzu dankbar angenommen: Das erste gemeinsame Treffen zwischen Ost und West auf Ministeriebene folgte nur einen Monat nach dem Mauerfall, und wiederum einen Monat später war eine mit Sachfragen beschäftigte gemeinsame Regierungskommission gegründet worden. Bereits im Mai 1990 hatte die DDR-Regierung entschieden, dass das ostdeutsche Fernmeldewesen analog zur Poststrukturreform in der Bundesrepublik als eigenständige Organisation aus dem gemeinsamen Verbund mit Postdienst und Postbankdienst herausgelöst werden sollte – gut ein halbes Jahr, bevor dies im Einigungsvertrag auch schriftlich fixiert wurde.⁵ Damit waren die organisatorischen Leitlinien für die Zusammenarbeit von Telekom und ostdeutscher Post frühzeitig sehr klar vorgezeichnet, und die Vorbereitungen der organisatorischen Herauslösung des Fernmeldewesens aus der Postverwaltung konnten noch vor der Wiedervereinigung beginnen.

Begleitet war diese bereitwillige Selbstauflösung des Post- und Fernmeldewesens der DDR bereits von äußerst erfolgreichen und symbolträchtigen Aktionen westdeutscher Investoren zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen im Ost-West-Verkehr. Hierzu gehören die Verlegung von Glasfaserleitungen zwischen Ost- und West-Berlin sowie die Errichtung eines lokalen Mobilfunknetzes auf der Leipziger Frühjahrsmesse im April 1990 in Kooperation der Telekom mit Siemens, die den nach Leipzig reisenden westdeutschen Geschäftsleuten die Kommunikation mit ihren Unternehmenszentralen im Westen ermöglichte. In kürzester Zeit wurden hierzu Mobilfunkmasten provisorisch errichtet und direkt an das westdeutsche Telefonnetz angeschlossen, zu einer Zeit, als diese Technologie noch in den Kinderschuhen steckte.⁶

Die Kooperationsbereitschaft der ostdeutschen Funktionselite war dabei alles andere als selbstverständlich und verlangt nach besonderen Erklärungen. Ein Hintergrund für die große, im Vergleich zu anderen Bereichen vielleicht sogar übergroße Kooperationsbereitschaft mag darin zu finden sein, dass innerhalb der Deutschen Post bereits vor der Wiedervereinigung das Bewusstsein für eine grundlegende Änderung der Ausbaupolitik entstanden war. Noch im Frühjahr 1989 war sogar ein konkreter Ausbauplan an die Staatliche Plankommission geschickt, dort aber ignoriert worden.⁷

Insbesondere eine engagierte technokratische Funktionselite innerhalb der DDR-Strukturen musste sich also durch die Wiedervereinigung und die technologische Partnerschaft mit der Telekom beflügelt fühlen. In anderen Wirtschaftsbereichen regte sich nach der Wiedervereinigung dagegen Widerstand gegen den Westimperialismus,

Mehr Informationen zu Finanzen und Rechnungswesen im »Aufbau Ost«:



häufig durchaus berechtigt. Vielerorts waren vor allem die Spitzenmanager der ostdeutschen Betriebe durch Westpersonal ausgetauscht worden, welches wenig Zutrauen in die Fähigkeiten der ostdeutschen Betriebe hatte und nur in seltenen Fällen den Nutzen der ostdeutschen Corporate Identity erkannte.⁸ Auch wenn hierfür vielleicht zu wenige Zeugnisse von ehemaligen ostdeutschen Beschäftigten des Fernmeldezweiges vorliegen, scheint es zu einem solchen »Überstülpen« der westlichen Unternehmenskultur über die ostdeutschen Betriebe und Ämter im Fall der Übernahme durch die Telekom nicht gekommen zu sein, schon weil das westdeutsche Unternehmen selbst gerade erst im Begriff war, eine eigene Identität auf dem Weg zum Privatunternehmen zu entfalten. Entscheidend dürfte aber gewesen sein, dass der gesamte »Aufbau Ost« der Telekom nicht als Unternehmensübernahme, sondern als ein Beratungs- und Umschulungsgeschäft realisiert wurde: Den ostdeutschen Fernmeldeämtern wurden westdeutsche Fernmeldeämter in Form von »Partnerschaften« zugeordnet. Über die Partner wurde die fachliche Aufbauhilfe organisiert, die nicht zwangsläufig in der Entsendung von Mitarbeitern bestand. Die frühen Infrastrukturprojekte waren von Beginn an als zeitlich befristetes Engagement für westliche Fachleute der Telekom eingerichtet,

Was hat mich fasziniert?

Nach über 20 Jahren denke ich bei meiner Zeit im zentralen Einkauf für den »Aufbau Ost« nicht an die Vertragsgestaltung, nicht an die zum Teil schwierigen Restabwicklungen des Projektes, sondern an den Aufbruchgeist, der uns alle bewegte: Seien es die Verhandlungspartner der Industrie, die neuen Kollegen der ehemaligen Deutschen Post oder aber wir selbst bei der Telekom, quer durch alle Bereiche. Wir wollten gemeinsam aufholen, was 40 Jahre geruht hatte. Die eigenen kommunikativen Erfahrungen in der frühen Zeit der Zusammenarbeit mit der Deutschen Post hatten auch ihre Spuren hinterlassen: Ein Fax sandte man am besten zunächst zur Landespostdirektion Berlin und von dort mit dem Fahrer nach Ost-Berlin, später gab es ein Mobiltelefon im Amt, das dort herumgereicht wurde, normales Telefonieren war lange Zeit kaum möglich.

Nachhaltig beeindruckt hat mich das Engagement aller Beteiligten für die Sache. »Wie kriegen wir das hin?«, war die gemeinsame Frage, sowohl im eigenen Hause als auch bei der Industrie. Als es nach den ersten grundsätzlichen Vereinbarungen zu örtlichen Zuordnungen kam, kristallisierten sich viele persönliche Bindungen heraus. Fast alle Unternehmensvertreter hatten Wurzeln in den neuen Bundesländern: Sie wollten gern für ihren alten Standort, für ihren Geburts- oder ihren früheren Wohnort selbst tätig werden; einen Wunsch, den wir in einer gemeinsamen großen Vergaberunde durch Tausch der auszuführenden Objekte erfüllen konnten.

Nach der allerersten Bauphase – »Hauptsache, es telefoniert!« – kamen sehr schnell Schritte in Richtung Regelausbau, zumal mehr und mehr auch das dafür erforderliche Fernmeldebauzeug zur Verfügung stand. Dennoch war immer der Einfallsreichtum der Pro-

jektleiter vor Ort, insbesondere auch bei den Turn-key-Bauvorhaben, gefragt. Eine Fülle von Histörchen erreichte uns: Wie überzeugt man die Gemeindeoberen, dass ein Vermittlungsstellen-Gebäude an einer bestimmten Stelle stehen muss, eine Richtfunkstelle am besten auf einem Berg errichtet wird? Selbst kleine Widrigkeiten wie die der Reinigungskraft, die jeden Tag eine Richtfunkstrecke außer Betrieb nahm, da sie die »einzige« Steckdose für ihren Stabsauger benötigte, mussten beseitigt werden.

Die Verträge konnten die Fülle der Anforderungen keineswegs voll abbilden, ohne viel Improvisation, den guten Willen auf allen Seiten und den persönlichen Einsatz hätte es die schönen Momente nicht geben können: die Begeisterung der Menschen vor Ort, wenn wieder eine Lücke im Fernmeldenetz geschlossen und manchmal auch ordentlich gefeiert wurde!

T. Klaas von Ehren

wozu die Westdeutschen in Form einer »Buschzulage« noch finanziell motiviert wurden.

Die Tatsache aber, dass viele Mitarbeiter bis heute regelmäßige Treffen mit der Pionier-Generation des »Aufbau Ost« veranstalten, zeigt, dass diese Strategie der Unterstützung der Selbsthilfe vielfach sehr gut funktioniert hat. In dieser moderaten Form der Integration der ostdeutschen Netze in die westdeutsche Telekom ist zweifellos eine Ursache zu entdecken, dass von strukturellen Widerständen nicht zu berichten ist, wobei das gemeinsame technische Interesse der durchweg gut ausgebildeten ostdeutschen Kollegen zugleich eine rasche Integration über die Technik ermöglichte.

Die Schwierigkeiten des Netzausbaus

Weil faktisch die gesamte technische Infrastruktur der ostdeutschen Fernmeldetechnik überaltert war und ersetzt werden musste, gleichzeitig das Kombinat Nachrichtentechnik, das einen Großteil der Geräte für den Fernmeldedienst lieferte, die technischen Standards des Ostblocks zugrunde legte, waren die Ersatzinvestitionen für die Erneuerung und den Ausbau des Fernmeldenetzes faktisch vollständig aus den westlichen Bundesländern zu beschaffen.

Dies war schon allein deshalb schwierig, weil das Beschaffungswesen der Deutschen Bundespost Telekom auf die benötigten großen Mengen von Kabeln nicht vorbereitet war und den Lieferumfang für einen schlechten Scherz hielt. Aber auch wenn der reguläre Beschaffungsweg unter großzügiger Tolerierung des Vorgesetzten umgangen und direkt beim Produzenten bestellt wurde, war die Lieferung alles andere als unkompliziert. Das überlastete Straßennetz stellte in den Anfangsjahren zweifellos eine logistische Herausforderung dar. Anfänglich war aber selbst bei der Bestellung im Westen zum Teil noch Kreativität gefragt, da das Telefonnetz ja eben noch nicht zuverlässig funktionierte. Häufig war schon bei der Beschaffung wichtiger Ausstattungsgegenstände und auch von Messinstrumenten Eigeninitiative gefragt, und so manche knappe Ressource wurde von den Akteuren selbst während des Wochenendes im Westen beschafft.⁹ Auf diese Weise konnte vor der Währungsunion im Oktober 1990 auch das Problem der Devisenbeschaffung umgangen werden.

Große Schwierigkeiten gingen von den ungeklärten Eigentumsverhältnissen sowohl einiger im Besitz der Telekom befindlicher Grundstücke und Gebäude sowie der Grundstücke aus, die zum Netzausbau verwendet werden sollten. Aus dem Bestand der Deutschen Post hatte die Telekom etwa 2.200 Grundstücke übernommen.¹⁰ Für den Netzausbau waren aber 900 weitere Grundstücke und Gebäude erforderlich, die die Telekom käuflich von Dritten erwerben wollte.

Direktkauf von 100 Telefonhäuschen

Wir haben in Südhüringen den Ausbau der öffentlichen Telefonhäuschen von Anfang an stark forciert, damit jedermann telefonieren konnte. Es gab sogar größere Gemeinden ohne eine einzige öffentliche Telefonstelle. Als das Fernmeldezeugamt Erfurt nicht mehr lieferfähig war, kauften wir 100 Telefonhäuschen direkt beim Hersteller zum selben Preis – unter Umgehung des Zeugamtes. So etwas wäre im Westen einem Amtsvorsteher – so hieß der Leiter eines Fernmeldeamtes – nie eingefallen und möglich gewesen.

Johann Nußbaum

Kreative Logistik

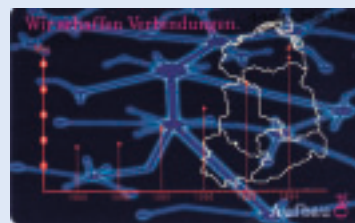
Ich erfuhr, dass ein Glasfaserkabel von Schmalkalden nach Suhl bereits verlegt, aber nicht in Betrieb war. Es fehlten noch die Übertragungseinrichtungen, die erst nach der Kabelverlegung bestellt werden konnten. Alles der Reihe nach. Wir brachten aus München die entsprechenden End- und die Einmessgeräte am nächsten Wochenende einfach mit, und die Glasfaserstrecke konnte in kürzester Zeit in Betrieb genommen werden.

Johann Nußbaum

Dieser Beschaffungsprozess gestaltete sich dabei schwierig, wenn beispielsweise die Eigentumsverhältnisse der Grundstücke unklar oder aber Grundstücke nicht verfügbar waren. Vor allem Vermittlungs- oder Dienststellen konnten dabei nur in solchen Gebäuden untergebracht werden, für die die Eigentumsrechte restlos geklärt werden konnten. Auch hier waren kreative Lösungen gefragt, und Siemens konnte eine Vermittlungsstelle in einer kleinen Gemeinde bauen, weil ein kleines Grundstück der örtlichen Kirche, das bei der Enteignung in der DDR vergessen worden war, durch den Pfarrer zur Verfügung gestellt wurde.¹¹ Die Räume der Rosa-Luxemburg-Kaserne bei Suhl wurden für die Telekom gesichert, noch bevor die thüringische Landesregierung die Hochschule Ilmenau dort unterbringen konnte, weil die Akteure vor Ort schnell handelten und die vorgesetzte Behörde nicht eingeschaltet werden musste.¹² Insgesamt stellten die ungeklärten Eigentumsrechte wie überall beim »Aufbau Ost« ein großes Problem für den Netzausbau dar. Der Aufbau des Mobilfunknetzes versprach nicht zuletzt eine Umgehung der vielerorts schwierigen Rechtslage und wurde daher von Beginn an sehr stark vorangetrieben.

Das sicherlich größte Problem des Netzausbaus stellte aber das schiere Volumen dar. Am Ende der Phase des verstärkten Netzausbaus hatte die Telekom Mitte 1992 die Zahl der Anschlüsse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR schlicht verdoppelt. Diese Kapazitätserweiterung konnte das Unternehmen nicht ohne Mithilfe aus der Privatwirtschaft stemmen, und so wurde Ende des Jahres 1990 begonnen, Teilnetze in Ostdeutschland von privatwirtschaftlichen Unternehmen und Konsortien errichten zu lassen, von der Einrichtung von digitalen Telefonvermittlungen über den Leitungsbau bis hin zur Installation der Telefonanschlüsse in Privatwohnungen. Diese sogenannten Turn-key-Projekte waren insofern eine institutionelle Revolution, als die Telekom erstmals das Monopol zum Netzausbau aus der Hand gab. Allerdings schwebte über allem auch das Damoklesschwert einer vollständigen Vergabe des ostdeutschen Netzmonopols an ein amerikanisch-japanisch-deutsches Bieterkonsortium, das sowohl die Deutsche Bundespost Telekom als auch die etablierten Privatunternehmen auf dem Gebiet des Fernmeldewesens vollkommen vom ostdeutschen Expansionsmarkt verdrängt hätte.¹³

Diese Bedrohung scheint insbesondere den Weg für die Auftragsvergabe durch das von der Industrie vorgeschlagene und im Ausland bereits erfolgreich praktizierte Turn-key-Verfahren geebnet zu haben. Allerdings war von Beginn an klar, dass die privatwirtschaftlichen Aktivitäten auf die Phase des verstärkten Ausbaus nach der Wiedervereinigung beschränkt sein würden. Durch den Erfolg der ersten Turn-key-Projekte im Jahr 1991 wurde das Programm schließlich dreimal verlängert. Die Deutsche Bundespost Telekom hatte das



Bis Mitte 1992 hatte die Telekom die Zahl der Telefonanschlüsse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verdoppelt. Telefonkarte aus dem Jahr 1994.

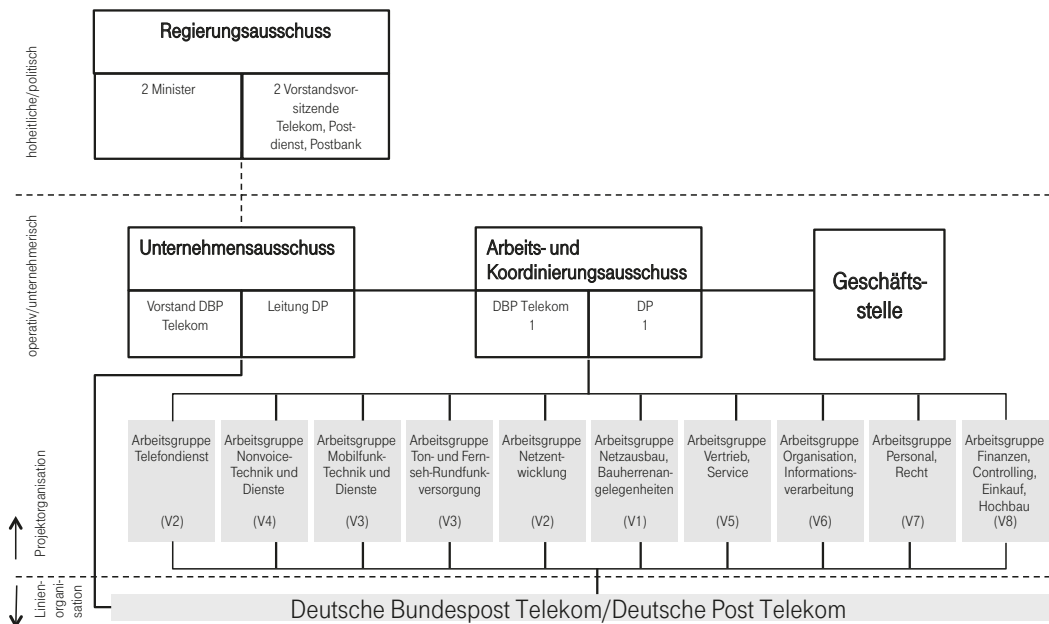
In letzter Sekunde abgewendet

Ein amerikanisch-japanisch-deutsches Konsortium unter Federführung von MBB/Daimler Benz hatte angeboten, die gesamte Fernmelde-Infrastruktur in den neuen Ländern aufzubauen und eine Ablösesumme von 30 Mrd. D-Mark zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der damaligen Bundesregierung unterstützt, die gerade im Aufbau befindliche Deutsche Bundespost Telekom sollte die Kröte schlucken, konnte aber noch rechtzeitig erreichen, dass wegen der Komplexität der digitalen Vermittlungstechnik selbige von Siemens und/oder Alcatel SEL beigestellt werden müsse.

So kamen wir frühzeitig ins Spiel. Unser kaufmännischer Leiter Günther Haller und ich durften die beiden entscheidenden Verhandlungen führen. In der Kaffeepause erfuhren wir, dass bereits 100 japanische Experten in Ottobrunn einquartiert seien, um sofort loslegen zu können. Als Bewahrungsbauvorhaben war das Gebiet Prenzlauer Berg mit 50.000 Telefonanschlüssen ausgewählt worden.

Wolfgang P. Peters

Koordinierungsgremien Deutsche Bundespost Telekom – Deutsche Post Telekom



Zusammenarbeit auf Regierungsebene

Das bedeutendste Ergebnis des Treffens der beiden Minister für das Post- und Fernmeldewesen beider deutscher Staaten am 12. Dezember 1989 war die Erkenntnis, dass die Lösung der Vielzahl der sich über Jahrzehnte angehäuften Probleme auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens einer gemeinsamen systematischen Aufbereitung und Abarbeitung bedurfte. Beide Minister kamen überein, zu diesem Zweck eine »Gemeinsame Regierungskommission zur weiteren Ausgestaltung der Post- und Fernmeldebeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik« zu bilden.

Sechs Wochen nach dem ersten Ministertreffen erfolgte am 25. Januar 1990 in Bonn die konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Regierungskommission. In ihrer Sitzung stellte die Kommission fest, »daß die in der gemeinsamen Erklärung vom 12. Dezember des Vorjahres vereinbarten Sofortmaßnahmen zur Verbesserung des gegenseitigen Fernsprechverkehrs bereits Früchte getragen bzw. einen beachtlichen Arbeitsstand erreicht hatten«. Ein wesentliches Ergebnis des Januarterreffens war die Bildung spezieller Arbeitsgremien. Entsprechend der getroffenen Übereinkünfte wurden zur weiteren Ausgestaltung der Beziehungen sieben paritätisch besetzte Arbeitsgruppen gebildet, deren Mandate festgelegt und die von beiden Seiten vorgeschlagenen Leiter bestätigt. Von diesen Arbeitsgruppen befassten sich sechs mit Telekommunikations-Problemen, der siebenten wurden die anstehenden Aufgaben des Postverkehrs übertragen.

Die Aufgabe der »Arbeitsgruppe Gegenseitiger Fernmeldeverkehr« bestand darin, weitere kurzfristige Maßnahmen auszugestalten, um die Kapazität des Fernmeldenetzes der Deutschen Post und der Verkehrsverbindungen für den gegenseitigem Fernmeldeverkehr zu erhöhen. Dazu gehörte auch, sofern noch möglich, die durch Grenzziehung und Mauerbau einst gekappten Netzverbindungen wieder zu reaktivieren, ferner Glasfaserkabelverbindungen zwischen Ost- und West-Berlin zu schaffen und in Ost-Berlin die internationale Vermittlungsstelle bis Ende 1990 fertigzustellen. Wichtig war darüber hinaus, mittel- und langfristige Konzepte für den Aufbau einer bedarfsgerechten Telekommunikationsinfrastruktur der Deutschen Post der DDR im Inland und zwischen beiden deutschen Staaten zu erarbeiten.

Linke Seite: Koordinierungsgremien.

Die Erhöhung der Zahl der Telex-Verbindungsleitungen sowie der Mietleitungen für Telefon-, Telefax-, Datenübertragung und Bildschirmtext zur Verbesserung der Verkehrsabwicklung zwischen Ost und West war das Mandat der »Arbeitsgruppe Text- und Datendienste«. Diese Gruppe hatte weiterhin die Aufgabe, sich mit der Einführung neuer Dienste für die Text- und Datenübertragung über das Fernsprechnet, über das aufzubauende paketvermittelte Datennetz sowie mit der Nutzung von Satellitendiensten zu beschäftigen.

Die »Fernmeldetransitgruppe« kümmerte sich um Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Übertragungskapazitäten im Fernmelde-transit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Im Zentrum stand dabei die volle Nutzung der bestehenden Glas-faserkabel-Transitverbindung. Die Gruppe erhielt darüber hinaus den Auftrag, eine Konzeption für eine digitale Übertragungsstrecke Frankfurt a. M.-Berlin-Moskau zu erarbeiten.

Die »Arbeitsgruppe Mobilfunkdienste« arbeitete an Vorschlägen, wie das West-Berliner Mobilfunknetz auf Ost-Berlin und dessen Rand-gebiete auszudehnen sei und wie der Aufbau des C-Netzes entlang der damaligen Transitautobahnen realisierbar wäre. Aber auch die Planung und Vorbereitung künftiger digitaler Mobilfunkdienste (des späteren D1-Netzes) standen schon auf der Tagesordnung. Wichtig waren damals die Vorschläge für Regelungen hinsichtlich des Mit-führens und Betriebens von Mobilfunkgeräten; denn die DDR mit ihren »besonderen Sicherheitsbedürfnissen« erlaubte zwar die Mit-führung von Mobilfunkgeräten, untersagte aber deren Nutzung. Besonders wichtig waren auch die Vorbereitung und Organisation eines Know-how-Transfers durch den Austausch von Mitarbeitern sowie in der Einbeziehung von Mitarbeitern der Deutschen Post in Ausbildungsmaßnahmen der Deutschen Bundespost Telekom. Es war zwar theoretisches Wissen über öffentliche Mobilfunkanlagen vor-handen, praktische Erfahrungen fehlten jedoch wegen des Verbotes solcher Anlagen in der DDR.

Die »Arbeitsgruppe Fernsehversorgung« wurde beauftragt, die technischen Möglichkeiten zur flächendeckenden Versorgung beider deutscher Staaten mit den Fernsehprogrammen ARD und ZDF sowie des DFF-1 und DFF-2 der DDR zu prüfen. Besonders diese heute nicht mehr zu verstehende Aufgabenstellung zeigt deutlich, dass die Frage der deutschen Einheit zu diesem Zeitpunkt nicht unbedingt schon ein Thema war. Dabei sollten auch Möglichkeiten des Einsatzes von Satellitenkanälen geprüft werden, was sich jedoch wegen der damals noch nicht geklärten urheberrechtlichen Fragen als außerordentlich kompliziert erwies.

Die »Arbeitsgruppe Organisation« bereitete die Zusammenfüh-rung der Unternehmen auf beiden Seiten vor. Anlässlich der Leipzi-ger Frühjahrsmesse fand am 13. März 1990 ein weiteres Treffen der

deutschen Postminister statt. In einer gemeinsamen Erklärung schätzten diese die bisherige Arbeit der Regierungskommission und ihrer Arbeitsgruppen als sehr positiv und ergebnisorientiert ein. In dieser Erklärung bekräftigten beide Minister »die Absicht und Notwendigkeit, noch schnellere Schritte einzuleiten, um ein rasches Zusammenwachsen der Deutschen Post und der Deutschen Bundespost im Interesse der Wirtschaftskooperation und der Menschen zu erreichen«. Notwendig war, dass die Unternehmen der Deutschen Bundespost und die Deutsche Post, ihre Generaldirektionen, wissenschaftlich-technischen Institute und Ämter noch enger zusammenarbeiteten, um die Verkehrs- und Netzstrukturen des Post- und Fernmeldeverkehrs anzugleichen. Erklärtes Ziel der Minister war es, durch eine Postunion einen Beitrag zu einem einheitlichen deutschen Post- und Fernmeldewesen zu leisten. Damit wurde zum ersten Mal das gemeinsame Ziel einer Postunion mit dieser Erklärung beschlossen und verkündet.

Am 17. Mai trat die Gemeinsame Regierungskommission erneut zusammen. Inzwischen war im Ergebnis der ersten demokratischen Wahlen in der DDR Emil Schnell mit der Leitung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen betraut worden. Die historische Bedeutung dieser Mai-Tagung lag in der gemeinsamen Willenserklärung, ein Regierungsabkommen vorzubereiten, mit dem zentrale Gesetze und Regelungen des Post- und Fernmeldewesens der BRD seitens der DDR übernommen wurden. »Nach den ersten praktischen Sofortmaßnahmen steht nun eine weitere Stufe der Zusammenarbeit an, um sowohl auf politisch-hoheitlichem als auch auf unternehmerischem Gebiet die Phase bis zur endgültigen staatsrechtlichen Vereinigung der Verwaltungen zu gestalten«, führte Bundespostminister Schwarzschilding auf der anschließenden Pressekonferenz aus.

Damit wurden die Weichen gestellt, um für das Post- und Fernmeldewesen der damaligen DDR die ordnungspolitischen und organisatorischen Grundsätze des Poststrukturgesetzes der BRD schrittweise zu übernehmen. Gleichzeitig wurden die Aufgaben der bundesdeutschen Unternehmen Telekom, Postdienst und Postbank seitens der Deutschen Post übernommen. Mit diesem Wechsel der Rahmenbedingungen mussten auch Struktur und Aufgabenstellung der Paritätischen Regierungskommission umgestaltet werden. Die erforderliche Weichenstellung erfolgte noch während dieser Tagung.

Klaus Demmler
Siegfried Fenske
Reinhard Genderka
Jürgen Hoffmann
Lothar Kipf
Gerhard Lubosch
Günter Rehs
Klaus Wirsing

»Aus zwei mach eins« – Die Unternehmen wachsen zusammen

Die »Arbeitsgruppe Organisation«

Mehr zum Thema »Aus zwei mach eins«:



Zweifellos war es eine gewaltige Herausforderung, die Fusion der beiden Telekommunikationsunternehmen Deutsche Post und Deutsche Bundespost Telekom organisatorisch vorzubereiten und zu realisieren. Zwar ist die Fusion zweier Unternehmen an sich nichts Besonderes, insofern konnte man vorliegende Erfahrungen nutzen. Außergewöhnlich aber waren die Umstände dieser Fusion: die Dimension, die Unterschiede der beiden Fusionspartner in Struktur, Größe und ihrer »Mitgift«, die knappe Zeit und vor allem die Rahmenbedingungen während der Zeit des Fusionsprozesses. Die Entscheidung, die beiden Telekommunikationsunternehmen zu fusionieren, war nicht selbstverständlich. Es wäre durchaus möglich gewesen, beide Unternehmen bestehen zu lassen und lediglich in der Aufgabenerfüllung eng miteinander zu verzahnen. Für die Fusionsentscheidung ausschlaggebend war die Überzeugung, die gewaltige Aufholjagd in dieser Form schneller bewerkstelligen zu können, und zwar unter Ausnutzung der Erfahrungen der Deutschen Bundespost Telekom mit großen Investitionsprogrammen.

Wie war nun der organisatorische »Nullpunkt«, d. h. wie waren die beiden Unternehmen am Beginn der Fusionsüberlegung organisiert? Die 1989 aus der Postreform I hervorgegangene Deutsche Bundespost Telekom war damals zwar noch nicht optimal – wie sich später zeigte –, aber doch relativ klar und straff organisiert. Im Gegensatz dazu wirkte die Organisation der Deutschen Post äußerst unübersichtlich. Insbesondere in folgenden Punkten wich sie von der Organisation ihres westlichen Pendant ab: keine Trennung zwischen Hoheits-/Regulierungsaufgaben und Betriebsaufgaben, keine Ausrichtung auf Kundensegmente, eine große Anzahl (15) an Bezirksdirektionen, keine durchgängige organisatorische Trennung zwischen Post- und Fernmeldewesen, Sonderorganisation für den Fernmeldebau, zwölf zentrale Niederlassungen und eine spezielle Funkorganisation. Als Folge waren auch die Zuständigkeiten und Abläufe sehr unterschiedlich im Vergleich zu den westlichen Arbeitsverfahren.

Mit der Fusion mussten also die sehr unterschiedlichen Organisationsstrukturen verschmolzen werden.

Im April 1990 wurde der paritätisch von der Deutschen Bundespost Telekom und der Deutschen Post besetzte Arbeits- und Koordinationsausschuss mit zehn Arbeitsgruppen gegründet. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe Organisation fand bereits Ende Mai statt, wo auf der Grundlage detaillierter Bestandsaufnahmen und Aufgabengliederungen ein (grober) Zeitplan für die organisatorischen Maßnahmen der Fusion festgelegt wurde. Grundlage für die Überlegungen und Maßnahmen waren der Beschluss des Ministerrates vom 15. März 1990 »zur Ausgestaltung der Generaldirektion des Staatsunternehmens DP« und die Festlegung im Staatsvertrag, dass für das Post- und Fernmeldewesen der DDR die »ordnungspolitischen und organisatorischen Grundsätze des Poststrukturgesetzes der Bundesrepublik Deutschland schrittweise verwirklicht werden« sollten. Auf dieser Basis wurde am 5. Juni 1990 vom Ministerrat der DDR die »neue Profilierung der Deutschen Post« angeordnet und ihre konsequente Ausrichtung auf die Unternehmensbereiche Postdienst und Telekom eingeleitet: Mit der Einrichtung der Generaldirektion und der damit verbundenen Trennung vom Rest-Ministerium wurden (analog zur Postreform der Bundesrepublik Deutschland) die Aufgaben aufgeteilt. Politische und hoheitliche Aufgaben nahm von nun an der Minister für Post- und Fernmeldewesen wahr, den Post-Unternehmen oblagen dagegen die unternehmerischen und betrieblichen Aufgaben. Die

Der Koordinierungsausschuss

Ich wurde für den 12. März 1990 für ein Gespräch mit dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der Telekom, Helmut Ricke, nach Bonn bestellt. Die Vorstände der öffentlichen Unternehmen Telekom, Post und Postbank hatten unter dem Bundespostminister die operative Leitung inne und sollten die Umwandlung der drei Teilunternehmen in Aktiengesellschaften vorbereiten. Herr Ricke eröffnete mir, dass zur Organisation der Zusammenarbeit der Telekommunikationsabteilung des DDR-Postministeriums mit der Telekom ein paritätisch aus den Spitzen beider Seiten besetzter Ausschuss mit einer Anzahl fachbezogener, ebenfalls paritätisch besetzter Arbeitsgruppen ins Leben gerufen

werden sollte. Herr Ricke fragte mich, ob ich bereit wäre, zusammen mit einem DDR-Vertreter und einigen wenigen Mitarbeitern das Sekretariat des Ausschusses zu bilden. Die Aufgabe des Sekretariats sollte sein, die Beschlüsse des Ausschusses an die Arbeitsgruppen zu vermitteln, deren Arbeit zu koordinieren und die Arbeitsergebnisse für den Ausschuss zusammenzufassen und zu präsentieren. Die damalige Situation war nicht so, dass ich glaubte, in einer angemessenen Bedenkzeit eine genauere Beschreibung der Aufgaben oder meines Status in dieser Funktion herbeiführen zu können. Ich war der Meinung, die Aufgabe sei wichtig, die Zeit dränge und das Übrige werde sich regeln. Ich sagte also spontan zu.

Am 6. April 1990 fand im Ost-Berliner Postministerium eine Besprechung zwischen dem Telekom-Vorstand und der Generaldirektion Telekom der DDR statt. Das war die Gründungssitzung des Ausschusses. Gegenstand der damaligen Besprechung war das gemeinsame Ziel, das Telekommunikationsnetz der DDR so schnell wie möglich auf den Stand des Netzes in der Bundesrepublik zu bringen. Bei dieser Besprechung wurde ich von der Seite der Telekom als der vorgesehene Leiter des Ausschuss-Sekretariats vorgestellt, und die DDR-Seite stellte ihren Vertreter vor, einen etwa gleichaltrigen Kollegen, Ingenieur wie ich, Dr. Wolf Kahle. Gemeinsam leiteten wir dann das Sekretariat.
Ronald Dingeldey

Generaldirektion Telekom Ost wurde mit der Koordinierung der Vorbereitung der Fusion mit der Deutschen Bundespost Telekom »auf dem Weg der Angleichung der Netze und des Versorgungsniveaus« beauftragt.

Die vorhandenen 15 Bezirksdirektionen der DDR blieben zunächst bestehen, wurden aber in ihrer inneren Struktur aufgeteilt. Die Leitungsorganisation wurde konsequent auf die Unternehmensbereiche Telekom und Postdienst ausgerichtet. Im September 1990 war es dann so weit: Nach intensiven Beratungen in der Arbeitsgruppe Organisation und den Vorständen der Generaldirektion wurden die 15 Direktionen durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen aufgelöst. Gleichzeitig wurden fünf neue Direktionen Telekom gebildet, und zwar eine Direktion in jedem künftigen neuen Bundesland. Die Aufhebung der Bezirksdirektionen noch vor der Wiedervereinigung war ein nicht zu unterschätzender Vorteil; denn später wäre dies zusätzlich zu den Anstrengungen des Aufbauprogramms erheblich schwieriger geworden. Auch die bestehenden zwölf zentralen Niederlassungen und das Kombinat Fernmeldebau wurden auf die Unternehmensbereiche aufgeteilt. Dabei wurden für den Bereich Telekom sechs neue zentrale Niederlassungen gebildet.

Gemäß Einigungsvertrag (Art. 13, Abs. 2) war vor der Fusion der beiden Unternehmen durch den »zuständigen Bundesminister« zu entscheiden, welche Organisationseinheiten der Deutschen Post auf die Deutsche Bundespost überführt und welche abgewickelt werden sollten. Nicht überführt werden sollten das Ministerium, das Zentralamt für Funkkontrolle, die Generaldirektion Telekom Ost sowie bestimmte Abteilungen aus dem Zentrum Funkdienste, das Zentrum für Bildung und Unternehmensführung und schließlich die Gerätefertigung Leipzig (Studiotechnik). Alle anderen Organisationseinheiten (Direktionen, Teile der zentralen Ämter, Ortsämter, Postmuseum) wurden überführt. Mit der Verfügung der Generaldirektion Telekom vom 2. Oktober 1990 traten die neuen Regelungen am 3. Oktober 1990 in Kraft.

Ein gemeinsamer Unternehmensausschuss nimmt seine Arbeit auf – Das politische Umfeld der Umorganisation

In der ersten Hälfte des Jahres 1990 fand die Zusammenarbeit zwischen den Telekom-Organisationen der BRD und der DDR noch unter den Gegebenheiten der Existenz zweier deutscher Staaten statt, die zwar langfristig auf eine Vereinigung zustrebten, jedoch noch immer getrennte Verantwortungen wahrnahmen. Die Grundlage für die ersten Schritte des Zusammenwachsens bildete die während der Leipziger Frühjahrsmesse von beiden deutschen Ministern angekündigte

Bildung einer Postunion. Die politischen Vorgaben für diesen Prozess wurden im Regierungsausschuss, dem die zuständigen Minister beider Seiten, die drei Vorstandsvorsitzenden der Unternehmen der Deutschen Bundespost und die drei Generaldirektoren der Deutschen Post angehörten, erarbeitet. Im Gegensatz dazu oblag die unternehmerisch-operative Leitung der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundespost Telekom und der Generaldirektion Telekom der Deutschen Post dem neu gebildeten Unternehmensausschuss.

Dieses Gremium bestand aus dem Vorstand der Deutschen Bundespost Telekom auf der einen Seite und dem Generaldirektor sowie den Geschäftsbereichsleitern der Deutschen Post Telekom unter Einbeziehung eines Geschäftsbereichsleiters der Generaldirektion »Postbank und Unternehmensfinanzen der Deutschen Post« auf der anderen Seite. Letzterer war erforderlich, da die ostdeutsche Telekom – entsprechend dem etwas halbherzig gefassten Regierungsbeschluss – sehr stark technologisch ausgerichtet war und über kein eigenes Finanzorgan verfügte, da alle Finanzierungsaufgaben der Deutschen Post von der eben erwähnten Generaldirektion Postbank und Unternehmensfinanzen wahrgenommen werden sollten. Gleichzeitig wurde, wie bereits ausgeführt, zur Steuerung und Koordinierung der Arbeiten ein Arbeits- und Koordinierungsausschuss mit zehn Arbeitsgruppen gebildet. Der Ausschuss und alle Arbeitsgruppen waren paritätisch besetzt und wurden gemeinsam von je einem Geschäfts- oder Fachbereichsleiter der beiden Generaldirektionen geleitet. Um alle Möglichkeiten einer schnellen Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur im Osten Deutschlands zu nutzen, wurden den Arbeitsgruppen bei der Planung ihrer jeweiligen Entwicklungsziele zunächst keine finanziellen Beschränkungen auferlegt. Somit konnten Beschlüsse, auf die man sich in den Arbeitsgruppen verständigt hatte und soweit sie keiner bereichsübergreifenden Koordinierung bedurften, von den Arbeitsgruppenleitern ohne Verzug im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeiten umgesetzt werden. Gebildet wurden die Arbeitsgruppen Telefondienst, Non-Voice-Technik und -Dienste, Mobilfunktechnik und -dienste, Ton- und Fernschrundfunkversorgung, Netzentwicklung, Netzausbau, Vertrieb und Service, Organisation und Informationsverarbeitung, Personal und Recht und schließlich Finanzen, Controlling, Einkauf und Hochbau.

Im Sommer 1990 wurde immer deutlicher, dass die sich rasant vollziehende politische Entwicklung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands hinauslief. Das erforderte ein Umdenken in der gesamten Arbeit des Unternehmensausschusses, denn jetzt musste zusätzlich die Fusion der deutschen Telekom-Unternehmen vorbereitet werden. Die vierte Tagung des gemeinsamen Unternehmensausschusses wurde von dieser politischen Dynamik des Vereinigungsprozesses geprägt.

Sitzgelegenheiten für den Unternehmensausschuss

Ich erinnere mich an eine Sitzung des Unternehmensausschusses im September 1990 in Ost-Berlin. Nachdem die erste Berliner Sitzung im Juni 1990 noch im Gästehaus der DDR-Regierung, dem Hotel Johannis Hof an der Friedrichstraße, stattgefunden hatte, traf man sich diesmal in den Räumen des DDR-Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen in der Mauerstraße. Die Sitzung sollte im Dienstzimmer von Dr. Heinz Uhlig, dem damaligen stellvertretenden Minister für den Bereich Telekommunikation stattfinden. Der Platz für etwa 20 Personen war im riesengroßen Ministerbüro zwar vorhanden. Aber woher sollte man so viele bequeme und halbwegs zeitgemäß aussehende Stühle bekommen? Schließlich gingen wir im ganzen Haus auf die Suche und trugen eine bunte Sammlung zusammen. Büromöbel waren nämlich ein absoluter Engpass in der DDR. Die Möbelkombinate produzierten vor allem für den Export, zum Beispiel für den Quelle-Versand. Und was dann im Inland blieb, war vorrangig für den »Bevölkerungsbedarf« vorgesehen. Für Betriebe und Verwaltungen blieb somit kaum etwas übrig. In besagter Sitzung jedenfalls wurden wichtige Weichen für die unmittelbar bevorstehende Fusion der beiden deutschen Telekommunikationsunternehmen gestellt.

Adelheid Schmalian

Wenn auch der Stichtag des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland noch nicht exakt feststand, stimmten beide Seiten darin überein, dass mit der Festlegung des Tages der Wiedervereinigung auch der Tag für die juristische Fusion der beiden Telekom-Unternehmen fixiert werde. Das bedeutete, dass neben der bisherigen gemeinsamen unternehmerischen Zielsetzung »Verbesserung der Telekommunikation zwischen beiden deutschen Staaten und Verbesserung der Fernsprechversorgung in der DDR« auch die organisatorische Zusammenführung zu vollziehen war.

Mit einem Festakt im Kronprinzenpalais in Berlin wurde die Fusion am 4. Oktober 1990 vollzogen. Im Anschluss daran fand die sechste und letzte Tagung des Unternehmensausschusses statt, welche den Wirtschaftsplan für das zweite Halbjahr 1990 bestätigte. Am Tag darauf nahm die Stabsstelle Berlin der Generaldirektion der Deutschen Bundespost Telekom ihre Arbeit auf. Aus ihr wurde im Jahr darauf der Vorstandsbereich A als Projektmanagement für den »Aufbau Ost« gebildet.

Die Struktur nach der Fusion

Mit dem Beschluss, die Organisationsstrukturen in Ost und West anzupassen, begann ein intensiver Arbeitsprozess. Die Direktionen waren nunmehr in Ost und West gleich organisiert; die Amtsebenen und der Bereich der zentralen Niederlassungen waren dagegen noch weitgehend im »Urzustand«. Die Aufbau- und Ablauf-Organisation musste nun so gestaltet werden, dass die Organisationseinheiten ein normales Fernmeldeamt etablieren konnten. Die Stabsstelle Berlin in der Generaldirektion Telekom wurde im November 1990 eingerichtet. Sie brachte Ost-Know-how in die Generaldirektion Telekom West ein. Die Stabsstelle war an allen den Osten betreffenden Regelungen beteiligt, wenn es um die Frage der Umsetzbarkeit ging, und sollte darüber hinaus aus ihrer Sicht notwendige Maßnahmen initiieren. Daneben oblagen ihr die Abstimmung des Aufholprogramms »Telekom 2000« und ostspezifische Ausführungsaufgaben, insbesondere die Bearbeitung von Beschwerden und die Weiterführung des Ost-Buchungskreises. Letzteres war wegen der unterschiedlichen Finanz- und Buchungssysteme in Ost und West notwendig. Besonders hervorzuheben aus der Arbeit der Stabsstelle Berlin bzw. des Vorstandsbereichs »Aufbau Ost« sind im Rückblick die Abänderung des Programms auf regionale Teil-Programme, der Aufbau eines Berichts- und Besprechungssystems zum »Aufbau Ost«, die federführende Erarbeitung eines Partnerschaftsprogramms zwischen West- und Ost-Ämtern und die Zusammenarbeit für den Bereich Deutsche Bundespost Telekom mit dem »Bundesbeauftragten für die

Noch mehr deutsch-deutsche Partnerschaft

Alle 108 westlichen Fernmeldeämter ins Partnerschaftsprogramm integriert

Die Verlobungszeit war kurz, in der Ehe ging es gleich zur Sache: Die Generaldirektion spielte den Vermittler und im Nu waren sie verbunden, die alten und die neuen Fernmeldeämter. Das Partnerschaftsprogramm '90 startete gleich voll durch – mit rund 350 „Wessis“, die ihr Know-how an ihre Kollegen im Ostteil des Landes weitergaben.



Ausschnitt eines Artikels aus der Mitarbeiterzeitschrift *Monitor*, April 1991.

Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR («Gauk-Behörde»).

Die Fusions-Verfügung regelte, die sechs zentralen Mittelbehörden Ost zunächst als selbstständige Organisationseinheiten bestehen zu lassen, sie aber fachlich der jeweiligen Hauptabteilung des Fernmeldetechnischen Zentralamtes zu unterstellen. Ziel war es, den zentralen Bereich einheitlich aufzustellen. Der Vorstand in Berlin entschied, einen zweiten Standort einzurichten. Die bestehenden sechs zentralen Mittelbehörden Ost sollten sukzessive aufgelöst werden. Unstrittig war, dass die sogenannten nicht zentralen Aufgaben der Telekom nur vorübergehend zentral in Berlin wahrgenommen werden sollten und so bald wie möglich auf die Niederlassungen bzw. Direktionen der Telekom verlagert werden sollten. Bereits Anfang 1992 bestanden von den sechs zentralen Mittelbehörden nur noch das Zentrum für Telekommunikation und das Organisations- und Rechenzentrum.

Trotz der zu befürchtenden Reibungsverluste durch die Umorganisation wurde entschieden, die Organisation der Deutschen Bundespost Telekom auf der Niederlassungsebene auch im Beitrittsgebiet einzuführen. Hauptgründe dafür waren, dass diese Organisation für große Investitionsprogramme konzipiert und nur dadurch eine schnelle und wirksame personelle Unterstützung aus dem Westen in den Ostniederlassungen zu erreichen war. Bereits am 25. Oktober 1990 wurde daher von der Generaldirektion Telekom verfügt, 14 Fernmeldeämter der Normalform (ohne Berlin) »nach den bewährten aufbauorganisatorischen Grundsätzen der Deutschen Bundespost Telekom« einzurichten. Zugleich wurde zur Unterstützung des einheimischen Personals die zeitweise Entsendung von Mitarbeitern aus dem Westen im Rahmen des Partnerschaftsprogramms angekündigt.

Noch mehr deutsch-deutsche Partnerschaft:



Das Partnerschaftsprogramm

Ab Oktober 1990 legte der Vorstand der Telekom das Partnerschaftsprogramm »Projekt FA 90« auf. Damit wurde organisatorisch geregelt, was bereits im Laufe des Jahres 1990 spontan und »zentral unorganisiert« entstanden war: Hilfe aus den West-Ämtern in den Ost-Ämtern, oft über persönliche Bekanntschaften, Begegnungen, Erlebnisse. Mit dem Projekt FA 90 wurden die Ost-Ämter beim Aufbau der neuen Fernmeldeämter unterstützt.

Jedes Ost-Amt erhielt ein Partneramt aus dem Westen. So war beispielsweise das Fernmeldeamt Mönchengladbach das Partneramt für Potsdam, und das Fernmeldeamt 3 Berlin (West) engagierte sich im Partnerschaftsprogramm für das Fernmeldeamt 6 Berlin (Ost). In vielen Fällen konnte auf die bereits bestehenden inoffiziellen Hilfen aufgebaut werden. Die Partnerämter führten einzelne Projekte gemeinsam mit den ihnen zugeordneten künftigen Fernmeldeämtern in den neuen Bundesländern durch. Dabei hatten Effektivität und Schnelligkeit Vorrang vor Perfektionismus und der strikten Beachtung von Vorschriften; vertretbare Risiken wurden in Kauf genommen. Als Projektleiter für den Aufbau der neuen Fernmeldeämter wurden meist erfahrene West-Amtsvorsteher benannt.

Die neuen Ost-Ämter sollten mit allen Funktionen reibungslos und pünktlich zum 1. Januar 1991 in Betrieb gehen; Fernmeldeamt, Fernmeldebauamt, Funkamt, Betriebsschule, Kfz-Werkstätten und Teile der Bezirksdirektionen sollten organisatorisch zusammengeführt werden, die kombinierten Post- und Fernmeldeämter sollten getrennt sowie die Personalvertretungen gebildet werden. Daneben mussten die Ost-Kollegen mit den neuen Verwaltungs- und Betriebsabläufen vertraut gemacht werden – denn die beste Aufbauorganisation ist wertlos, wenn die darauf aufbauenden Abläufe nicht funktionieren.

Das Projekt FA 90 wurde ein großer Erfolg. Die neuen Fernmeldeämter gingen pünktlich am 1. Januar 1991 in Betrieb, die neue Organisation funktionierte sehr kurzfristig ohne größere Schwierigkeiten, nicht zuletzt aufgrund der enormen Motivation und Einsatzbereitschaft der Ost-Kollegen, unterstützt von ihren West-Kollegen. Mit der Inbetriebnahme der neuen Ämter war jedoch die Hilfe der West-Kollegen keinesfalls beendet. Die Projektarbeiten FA 90 gingen an vielen Orten in unterstützende Partnerschaften über. Waren also zunächst West-Mitarbeiter in den Osten geschickt worden, um dort selbst aktiv zu sein und Projekte umzusetzen, wurden nun Mitarbeiter entsandt, um Fortbildungen durchzuführen und um die Ost-Mitarbeiter bei der Umsetzung von Projekten zu unterstützen. Um das Wissen und die Erfahrungen der Fernmeldeämter in den alten Bundesländern möglichst schnell in die neuen Bundesländer zu transferieren, sah das Part-



Ost-West-Partnerschaften zwischen den Bereichen der Fernmeldeämter Hannover und Magdeburg.

IV Zusammen arbeiten – Der Faktor Mensch



Zwei Kulturen treffen aufeinander

Die deutsche Vereinigung als Erwartungskrise

Im Zuge des Mauerfalls und der Vereinigungsfeierlichkeiten der Jahre 1989/90 glaubten viele Menschen in Ost und West, das neue Deutschland werde die erfolgreiche Bahn der alten Bundesrepublik einschlagen.¹ Sinnbildlich stand dafür die Äußerung des Bundeskanzlers Helmut Kohl, der Ostdeutschland im Wahlkampf 1990 und erneut in der Haushaltsdebatte im März 1991 »blühende Landschaften« in Aussicht stellte.² Solche Aussagen nährten die Hoffnung, dass die Lebensverhältnisse im West- und Ostteil des Landes sich binnen kurzer Zeit angleichen würden. Die Aufbruchstimmung der Vereinigung wiegte die Menschen in einer Sicherheit, für die es angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise, die insbesondere Ostdeutschland betraf, keinerlei Grundlage gab. Die früheren sozialen und wirtschaftlichen Probleme bestanden für die Mehrzahl der Bevölkerung weiter bzw. setzten sich in verschärfter Form fort, wie die Arbeitsmarktdaten zeigten. Deshalb trat an die Stelle der großen Euphorie der Einigungszeit innerhalb kurzer Zeit eine große Ernüchterung.

Die Wirtschaftskrise im neuen Osten

Als wichtigste Ursache für den raschen Einbruch der ostdeutschen Wirtschaft nennen ökonomische Analysen die übereilte Währungs- umstellung. Die Einführung der D-Mark, d.h. einer konvertiblen Währung, führte schlagartig zum Wegfall der osteuropäischen Länder als Absatzgebiet. Des Weiteren entfielen die günstigen Rohstoffzufuhren für die ostdeutsche Industrie auf der Basis des RGW-internen Verrechnungssystems. Sichtbar wird der Zusammenbruch in der ostdeutschen Außenhandelsstatistik: Der Exportwert in mittel- und osteuropäische Länder sank von 29,8 Mrd. D-Mark (1990) auf fünf Mrd. D-Mark (1994).³ Von dieser Entwicklung war insbesondere die verarbeitende Industrie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR betroffen. Im Laufe der ostdeutschen Wirtschaftskrise lösten sich die großen Kombinate des Industriesektors auf, und eine Vielzahl dieser Großbetriebe brach zusammen. Das ostdeutsche Sozialprodukt sank von 1989 auf 1990 um 17,3 Prozent und im Folgejahr sogar um 34,8 Pro-

Linke Seite: Montagearbeiten in Walldorf, 1993.